

Antimperialistischer und antikapitalistischer Kampf o d e r Schützenhilfe für die konterrevolutionäre Sozialdemokratie ?

Wer wollte bestreiten, daß die EDU der Mock, Strauß, Thatcher, Özal usw. eine Vereinigung von Kräften der internationalen imperialistischen Konterrevolution ist ? Doch ist sie die e i n z i g e Vereinigung reaktionärer Kräfte verschiedener Länder ? Das gerade behauptet der Demo-Aufruf "Stop dem Zombie-Tanz !":

"Die EDU, d a s ist die Internationale der Reaktion, ihrer Hintermänner und ihrer Handlanger."

DIESE BEHAUPTUNG IST VÖLLIG FALSCH UND SEHR GEFÄHRLICH !

Was, bitteschön, ist denn mit der sogenannten "Sozialistischen Internationale", ist das denn keine "Internationale der Reaktion, ihrer Hintermänner und ihrer Handlanger" ?!?

• War es nicht z.B. eine SPD-geführte Regierung in der BRD, welche den Bau der WAA Wackersdorf beschlossen hat und die Militarisierung und Faschisierung in diesem Lande vorangetrieben hat wie keine andere Regierung dort zuvor ?

• Was ist denn mit dem Mitglied der "SI", Peres, der tagtäglich gegenüber dem palästinensischen Volk barbarische nationale Unterdrückung ausübt und mit faschistischem Terror vorgeht ?

• Was ist mit dem "SI"-Mitglied Gonzales in Spanien, der die NATO-Mitgliedschaft Spaniens einpeitschte und mit äußerster Härte gegenüber der revolutionären Bewegung der Völker Spaniens vorgeht ?

• Was ist mit Soares in Portugal, der mit militärischer Gewalt gegen die Bewegung der Kleinbauern und Landarbeiter vorgegangen ist (Zerschlagung von Kooperationsgruppen) ?

Und was ist mit der "sozialistischen" Regierung hier in Österreich selbst ?

• Der Demo-Aufruf wendet sich gegen den Sozialabbau. Aber unter wessen Regie wird dieser heute denn betrieben ? Eber von den "SI"-Mitgliedern Vranitzky, Streicher, Androsch usw.

• Der Aufruf spricht auch von der Unterstützung des weißen Rassistenregimes in Südafrika. Aber gehört das imperialistische Österreich mit seiner SP-geführten Regierung nicht zu den eifrigsten Unterstützern und Nutznießern dieses Regimes, die es mit Krediten, Waffen usw. versorgt ?!

• Gehört diese "sozialistisch" geführte Regierung denn nicht zu den notorischsten Ausrüstern aller möglichen erzkriegsreaktionären und faschistischen Regimes in aller Welt ?

Kurzum: Alles, was in dem Demo-Aufruf lediglich als Wesenszug der in der EDU vereinigten Kräfte hingestellt wird, trifft im Wesen gleichfalls auf die Kräfte der "SI" zu. Das ist die tausendfach bestätigte Wahrheit, die durch kei-



Unter der Bewachung von Polizei-Corillos tagte im Juni 1986 die sogenannte "Sozialistische Internationale" in Lima, wo gleichzeitig auf Befehl des Sozialdemokraten Garcia ein faschistisches Massaker an über 580 Revolutionären durchgeführt wurde.

nerlei sophistische "Differenzierungen" aus der Welt geschafft werden kann.

Die Meinung, die Kreisky, Vranitzky usw. seien "immer noch besser als die anderen", man müsse sie daher nachsichtig behandeln, um nicht vom Regen in die Traufe zu kommen, ist eine Kapitulation vor dem pseudosozialistischen "Schmäh", vor dem "modernen" Reklameflitter, vor der bis zur Virtuosität entwickelten sozialen Demagogie der SP-Führung. Sie ist letzten Endes ein Ausdruck der Wahnvorstellung, über die SP-Führung, zumindest mit Teilen von ihnen, gebe es, wenn auch auf diversen Umwegen, vielleicht doch einen Weg nach vorne, zum Sozialismus.

Es gibt ihn n i c h t . Die Kreisky, Sinowatz, Vranitzky usw. waren noch immer Wegbereiter der äußersten Reaktion und bewährten sich immer wieder in dieser ihrer klassenmäßigen Funktion als dienst-eifrigste Sachwalter, Lakaien und Steigbügelhalter des Finanzkapitals.

DIE "SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE" IST EBENSOWIE DIE "EDU" EINE ORGANISATION DER WELTWEITEN KONTERREVOLUTION, DER FASCHISIERUNG UND DER KRIEGSVORBEREITUNG !

Den Massen das alles anhand der Tatsache klarzumachen, ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß sie den Kopf und beide Hände frei haben für die entscheidende Auseinandersetzung mit dem vor unseren Augen verfaulenden kapitalistischen System und allen seinen Stützen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 223

Ausgabe Oktober 1986

S 16,-

HERRENMENSCHEN-POLITIK !

In den letzten Wochen und Monaten reihte sich Schlag auf Schlag eine Provokation westdeutscher Politiker gegen Österreich an die andere.

Den Anfang machte der Bonner Kanzler Kohl mit seiner auf österreichischem Boden abgegebenen Aufforderung, Waldheim zu wählen. Kurz darauf gab der westdeutsche Innenminister Zimmermann die erpresserische Erklärung ab, daß man österreichischerseits die BRD besser nicht kritisieren, weil Österreich "von der Bundesrepublik Deutschland abhängig" sei. Wenig später folgte der mit Bonn abgesprochene Strauß-Erlass, österreichischen WAA-Gegnern die Einreise nach Bayern zu verweigern. Der nächste Schritt war die bewußt lancierte "Erwägung", auch dem österreichischen Vize-Kanzler Steger die Einreise zum Anti-WAA-Festival in Burglengenfeld zu verwehren.*

* Selbstverständlich bedeutet das nicht im geringsten, daß der geplante Steger-Auftritt in Burg Lengenfeld eine fortschrittliche Aktion gewesen wäre. Siehe dazu das in dieser Nummer abgedruckte Flugblatt "Vorsicht vor den Wölfen im Schafspelz !".

Gleichzeitig hat Strauß seinen "Freund" Haslauer in aller Öffentlichkeit heruntergemacht und abgekankelt. Auch der österreichische

Aus dem Inhalt:

Revanchistische Propaganda und Einverleibungspolitik des westdeutschen Imperialismus gegenüber Österreich - Erklärung von GEGEN DIE STRÖMUNG	4
Streiflichter, Lehren und Erfahrungen aus Wackersdorf und Tschernobyl	10
Nagymaros - Ein Lehrbeispiel für die "Operationen" des österreichischen Finanzkapitals	17
Die konterrevolutionären "Lehren" der Herrschenden aus Hainburg	20
Ideologische Debatte:	
- Ober Wesensmerkmale der revolutionären Erkenntnis	
- Zur Ideologie der Grünen Bewegung in Bezug auf die religiöse Verklärung der Natur als "Wert an sich"	27
Mörderkomplizen ! - Die österreichischen Imperialisten und das Massaker von Lima	30
Impressum	32

Impressum:

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strolz. Alle, sowie Adresse der Redaktion: 1150 Wien, Goldschlagstraße 34. Verlags- und Herstellungsart: Wien.

Bundespräsident blieb nicht verschont. Er wurde in einem der Öffentlichkeit zugespielten Brief von Strauß ebenfalls barsch abgefertigt. Überhaupt brachte Strauß als "Argument": Was für Deutsche sicher genug sei, müsse es für die Österreicher schon lange sein. Das heißt eindeutig: Was für die Herren gut genug ist, muß es für die Dienerschaft längst sein! Schließlich gab es auch Drohungen, die Durchfahrt bzw. das Überfliegen des "deutschen Ecks" zu verbieten!*

Der rüpelhafte, mit nackter Erpressung hantierende Kolonialherrenstil der Machthaber in Bonn und in München hat mit vollem Recht in der österreichischen und auch in der westdeutschen Öffentlichkeit große Empörung ausgelöst. Diese skandalösen Vorkommnisse haben einen deutlichen Geschmack davon gegeben, wie der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus heute schon wieder mit Nachbarländern, insbesondere mit Österreich, umzuspringen wagt.

Der Umstand, daß die Bonner Revanchisten auch gegen solche Erzreaktionäre wie Haslauer, Steger und Waldheim mit ungenierter Rücksichtslosigkeit zu Felde ziehen, unterstreicht im Grunde nur ihre chauvinistische Anmaßung und das

* In der "Süddeutschen Zeitung" erschien Anfang Juli ein Kommentar, in dem zu den Attacken aus Bonn und München gefragt wird: "Wer kümmert sich schon um die Folgen (zum Beispiel um die Frage, welchen Weg deutsche Militärflugzeuge demnächst nach Italien nehmen werden)" ("Süddeutsche Zeitung", 5./6. Juli 1986).

Westdeutsche Militärflugzeuge überfliegen also regelmäßig das "neutrale" Österreich auf dem Weg zu ihren Stützpunkten auf Sardinien usw. Das illustriert die Tatsache der immer stärkeren Einbezugnahme Österreichs in die militaristische Politik und Strategie des deutschen Imperialismus, die von den Herrschenden hier direkt unterstützt wird. Das wirft zugleich ein deutliches Schlaglicht darauf, aus welchen Gründen aus dem Lager der deutschen Revanchisten eine gewisse "Kritik" an "Übertriebenen" Maßnahmen oder Äußerungen der Strauß, Stoiber usw. geübt wird.

Auch der SPD-Vorsitzende Brandt kritisierte Kohls Wahlunterstützung für Waldheim, mit seinen "leichtfertigen" Äußerungen "deutschen Interessen geschadet" zu haben. Kohls Äußerungen belasteten nämlich, so Brandt, das Verhältnis zu Israel und den USA. (Siehe "Süddeutsche Zeitung", 29.4.1986).

von ihnen zur Schau gestellte Herrenmenschentum.

Umso bezeichnender ist die Reaktion der Repräsentanten des österreichischen Staates auf die Ausfälle aus Bonn und München. Tunlichst haben sie alles vermieden, was die Herren in Bonn und München "reizen" könnte. Während die Kohl, Zimmermann, Strauß und Stoiber ihre revanchistischen und chauvinistischen Breitseiten in Richtung Österreich loslassen, während Zimmermann demonstrativ beharrt: "Ich entschuldige mich nicht!", beschwören die Vranitzky, Jankowitsch, Mock und Konsorten untertänigst das "bisher hervorragende bilaterale Verhältnis" zwischen Österreich und der BRD und ergeben sich in regelrechten Ergebnissbekundungen.



Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!

Steyrer erklärte, er sei Kohl wegen seiner Intervention für Waldheim "nicht böse". Sinowatz bezeichnete die Zimmermann-Drohungen als "unnötig" (!). Vranitzky betonte gleich nach seinem Amtsantritt, daß an irgendwelche diplomatischen Schritte seiner Regierung wegen Einreiseverboten nach Bayern keinesfalls gedacht sei. Haslauer fiel angesichts der rüden Attacken seines "Partei-freunds" Strauß gleich ganz das Herz in die Hose. In seiner Festrede anlässlich der Verleihung von 76 "Bayerischen Verdienstorden"

ließ er vorsorglich gleich jene Passage des Textes weg, in der gewisse Bedenken gegen die WAA Wackersdorf angemeldet werden. Auch Steger machte umgehend einen Rückzieher und verzichtete "freiwillig" auf eine Teilnahme in Burglengenfeld, um die Lage nicht zu "verschärfen". Die Hauptsorge auch der ÖVP-Politiker richtet sich ebenfalls darauf, alles zu unterlassen, was die Beziehungen zum Bonner Staat "belasten" könnte. Waldheim, der jede angebliche "Verleumdung" seiner schmutzigen Vergangenheit lautstark "dementierte", brachte zum Strauß-Brief keinen Pieps hervor.*

Diese kriecherische, speichelleckerische Katzbuckelei der Vertreter des österreichischen Imperialismus gegenüber dem aufgeblasenen Herrenrassengehabe der deutschen Revanchisten und Militaristen kommt nicht von ungefähr, sondern ist Spiegelbild der wirklichen Beziehungen und Verhältnisse zwischen den zwei Staaten.

Schlaglichtartig brachten die Kohl-Erklärung, die Zimmermann-Erpressung, das Einreiseverbot usw. sowie die Reaktion der Herrschenden in Österreich darauf die enormen und stets wachsenden politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten Österreichs von Westdeutschland zum Vorschein. Dabei entspricht der immer frecher und massiver vorangetriebenen "Anschluß"-Politik der westdeutschen Revanchisten die Politik der Anbiederung und des Ausverkaufs der österreichischen Imperialisten an den "größeren Bruder" im Norden.

* Natürlich hat es in den bürgerlichen Medien und von Seiten einzelner Politiker da und dort auch "starke Worte" gegen die antiösterreichischen Erklärungen und Maßnahmen aus Westdeutschland gegeben. Aber diese waren in erster Linie an die österreichische Öffentlichkeit gerichtet, um der Empörung in der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Geradezu grotesk ist, daß sich dabei ausgerechnet der Kärntner SPÖ-Landeshauptmann Wagner, dieser extreme großdeutsche Chauvinist, hervorgetan hat, der bei der gegen die Kärntner Slowenen gerichteten Germanisierungspolitik an der Spitze mitmischte. Das zeigt im Grunde nur, zu welchen demagogischen Meisterleistungen diese Kreaturen fähig sind. Auf ihre Erklärungen gegen "Kolonialstil" usw. ist absolut nichts zu geben. Das zeigen ihre eigenen tagtäglichen chauvinistischen Taten.

★

In der nachfolgend abgedruckten Erklärung von GEGEN DIE STRÖMUNG werden die erwähnten Ereignisse vor allem vom Blickwinkel der Erfordernisse des Kampfes gegen den immer frecher auftrumpfenden westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus beleuchtet. Diese Anprangerung der Hegemonialpolitik und des Chauvinismus der "eigenen" imperialistischen Bourgeoisie entspricht den proletarisch-internationalistischen Verpflichtungen der Marxisten-Leninisten Westdeutschlands.

Wir als Marxisten-Leninisten Österreichs haben - auch gegen Abweichungen bei uns selbst - schon wiederholt betont, daß Österreich kein "halbkoloniales" Land ist, sondern sowohl dem Entwicklungsstand seiner Produktivkräfte nach als auch gemäß seiner historischen Entwicklung, Tradition und Rolle zu den imperialistischen Ländern gehört.

Das bedeutet jedoch keinesfalls, daß die verhältnismäßig starke wirtschaftliche Durchdringung Österreichs durch ausländische Imperialisten, und der sich daraus ergebende starke politische Einfluß dieser Imperialisten, insbesondere die "Anschluß"-Politik des westdeutschen Revanchismus, für die österreichische Arbeiterklasse ohne Bedeutung wäre. Für die österreichische Arbeiterklasse und die gesamte werktätige österreichische Bevölkerung bedeutet all das, daß sie es außer mit ihrem unmittelbaren Hauptfeind, der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie, auch mit weiteren starken Feinden, darunter besonders mit dem westdeutschen Imperialismus zu tun hat. All das ist eine zusätzliche Erschwerung ihres Kampfes, birgt für das arbeitende Volk unseres Landes und für andere Völker erhöhte Gefahren und folgenschwere Bedrohungen in sich, muß daher genau verfolgt und angeprangert werden.**

** Die grundlegenden Ausgangspunkte der MLPÖ zu diesem Fragenkomplex sind enthalten in der RF 201 "Mit Fehlern und Halbheiten brechen!", S. 37-39.

E R K L Ä R U N G VON GEGEN DIE STRÖMUNG:*

Revanchistische Propaganda und Einverleibungspolitik des westdeutschen Imperialismus gegenüber Österreich

In den letzten Monaten offenbarten Politiker des westdeutschen Imperialismus einmal mehr das chauvinistische und revanchistische Wesen in Hinblick auf Österreich. Gegen dieses Auftreten im Kolonialherrenstil müssen wir westdeutschen Marxisten-Leninisten entschieden Front machen.

BUNDESKANZLER KOHL ERGREIFT PARTEI FÜR DEN ALT-NAZI UND KRIEGSVERBRECHER WALDHEIM

Anlässlich der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten erklärte der westdeutsche Bundeskanzler unverfroren, daß er für die Wahl Kurt Waldheims eintrete. Er empfahl also ausdrücklich die Wahl dieses Alt-Nazis und Kriegsverbrechers der deutschen faschistischen Wehrmacht, der sich als "Kamerad" nicht nur der ehemaligen westdeutschen Bundespräsidenten und NSDAP-Mitglieder Lübke und Carstens "rühmen" kann, sondern auch dem jetzigen Bundespräsidenten Weizsäcker, Ex-Offizier der faschistischen Wehrmacht, als "Waffenbruder" die Hand schütteln kann.

Kohl verwies bei seiner Empfehlung, doch Waldheim zu wählen, auf die "Schicksalsgemeinschaft" der deutsch-österreichischen Geschichte und betonte, Waldheim sei ein "großartiger Patriot", "der aus einer Generation kommt, die das Auf und Ab dieses Jahrhunderts und der gemeinsamen deutsch-österreichischen Geschichte miterlebt und miterlitten hat" (FR vom 28.4.1986).

An was erinnert Kohl hier, was ist denn die "gemeinsame deutsch-österreichische Geschichte" "dieses Jahrhunderts"?

Es ist die Geschichte der Herrschaft des deutschen Faschismus, des "Anschlusses" Österreichs an das faschistische Deutschland, was Kohl hier beschwört. Er macht damit Stimmung, daß Deutschland

und Österreich eine "Schicksalsgemeinschaft" bilden, angeblich irgendwie zusammengehörten und nach wie vor zusammengehören. Der revanchistische Anspruch des westdeutschen Imperialismus auf Österreich wird hier erneut angemeldet.

INNENMINISTER ZIMMERMANN'S DROHUNGEN GEGEN ALLE ÖSTERREICHISCHEN KRITIKER DES ATOMPROGRAMMS DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Bedenken aus Österreich gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf wurden von Innenminister Zimmermann in großmachtchauvinistischer Manier niedergewalzt: Wer, bitte schön, wagt denn hier gegen die auf der ganzen Welt besten und sichersten Atomfabriken "made in Germany" Einwände zu erheben? Und falls es doch jemanden gibt, der dies tut, so muß er wohl daran erinnert werden, so Zimmermann, daß "Österreich im Handel und im Fremdenverkehr von der Bundesrepublik Deutschland abhängig" sei (FAZ vom 31.5.1986).

Hier wird doch ganz offen gedroht, Österreich wirtschaftlich unter Druck zu setzen, falls aus diesem Land heraus Maßnahmen des westdeutschen Imperialismus in Frage gestellt und kritisch unter die Lupe genommen werden. Diese Drohung Zimmermanns erinnert fatal an die berüchtigte 1000-DM-Sperre der deutschen Faschisten. 1933 wurde festgelegt, daß jeder Urlauber, der nach Österreich reisen will, 1000 DM für sein Visum bezahlen muß. Durch diese Maßnahme ging natürlich der Reiseverkehr nach Österreich stark zurück, wodurch Österreich von den deutschen Faschisten wirtschaftlich unter Druck gesetzt wurde, um es gefügig zu machen. In diese Tradition stellt sich Zimmermann, wenn er im Grunde ähnliches androht.

Mit dieser Drohgebärde hat Zimmermann zum Ausdruck gebracht, was schon seit Jahrzehnten Tatsache ist: Österreich ist für den westdeutschen Imperialismus ein wichtiges wirtschaftliches und politi-

* Diese Erklärung wurde von GDS als Flugblatt verbreitet. Auch der Auszug aus der RF 201 auf S.6 und die Ausführungen von GDS gegen die revanchistischen Geschichtsfälschungen auf den Seiten 7 - 9 gehören zu diesem GDS-Flugblatt. (Anmerkung der RF-Redaktion).

sches Einflußgebiet. Österreich sieht er als "seine Domäne", in der er nicht nur wirtschaftlich dominiert, sondern auch meint, politisch den Ton angeben zu können.

EINREISEVERBOT FÜR WAA-GEGER AUS ÖSTERREICH - EIN GROSSMACHTCHAUVINISTISCHER AKT DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Alle österreichischen WAA-Gegner, die kürzlich an einer Demonstration in Wackersdorf gegen den dortigen Bau der Wiederaufbereitungsanlage teilnehmen wollten, erhielten kurzerhand Einreiseverbot. Das war keineswegs ein bayrischer Alleingang oder eine Kraftmeierei von Strauß, wie es einige professionelle Besänftiger herunterspielen wollten. Das war vielmehr ausdrücklich mit der Regierung in Bonn abgesprochen, und es wurde erklärt, daß derartige Maßnahmen "bei Bedarf" jederzeit wiederholt werden könnten.

Hier wurde denjenigen, die nicht bereit sind, nach der Pfeife des westdeutschen Imperialismus und seiner Großmachtspolitik zu tanzen, nicht mehr nur gedroht, sondern es wurden knallharte Maßnahmen ergriffen, die einmal mehr die Machtansprüche des westdeutschen Imperialismus gegenüber Österreich zeigen.

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS IST EINE GROSSMACHT, DIE DAS IMPERIALISTISCHE ÖSTERREICH IMMER MEHR VON SICH ABHÄNGIG MACHT

Der westdeutsche Imperialismus, heute eine der stärksten imperialistischen Großmächte auf der Welt, spielt in vielen Bereichen der österreichischen imperialistischen Wirtschaft eine tonangebende Rolle. Kapitalinvestitionen, Außenhandel, Tourismus sind wichtige Sparten, die der westdeutsche Imperialismus in Österreich beherrscht: Die Hälfte aller direkten Kapitalinvestitionen aus dem Ausland (der Teil inbegriffen, der verdeckt über die Schweiz läuft), stammt aus Westdeutschland (Handelsblatt, 18.4.1986). 1700 Unternehmen mit 100 000 Beschäftigten, das entspricht einem Viertel aller in der österreichischen Industrie Beschäftigten, gehören den westdeutschen Imperialisten bzw. werden von ihnen kontrolliert. Über 30% des österreichischen Exports und über 40% des Imports werden mit westdeutschen Imperialisten abgewickelt. Drei Viertel aller Touristen in Österreich kom-



"Chaoten-Eltern mit ihren Terroristen-Zwillingen" protestieren am Grenzübergang Walserberg gegen das Einreiseverbot und gegen die WAA.

men aus Westdeutschland. Das sind jedes Jahr mehr als 7 Millionen Deutsche, die fast 8 Milliarden DM ausgeben.

Daß sich die westdeutschen Imperialisten Österreich quasi gekauft haben, da sich Österreich mit über 18 Milliarden DM bei westdeutschen Banken verschuldet hat (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1986) ist ein weiterer Beleg dafür, daß ein Land wie Österreich, das selbst imperialistisch ist, dennoch von einer imperialistischen Großmacht wie dem westdeutschen Imperialismus abhängig gemacht werden kann. Ein letzter Beleg hierfür: Die westdeutschen Imperialisten haben die österreichische Wirtschaft so fest an ihr eigenes Imperium gekoppelt, daß jede Auf- oder Abwertung, jede Kurschwankung der DM durch den österreichischen Schilling unmittelbar nachvollzogen wird.

Daß bei einer derartigen wirtschaftlichen Macht der Einfluß des westdeutschen Imperialismus in Österreich sich auch auf politisches und militärisches Gebiet erstreckt, liegt in der Logik des Imperialismus. So ist es kein Wunder, wenn etwa im Zuge sogenannter "Terroristen-Fahndungen" immer wieder das Territorium Österreichs in die Aktionen miteinbezogen wird: So überqueren westdeutsche Panzerwagen des Bundesgrenzschutzes die österreichische Grenze, Geheimpolizei und sogenannte

"Anti-Terror-Spezialisten" aus Westdeutschland sind in Österreich nicht nur "tätig", sondern bilden dort auch entsprechende österreichische Spezialisten aus.

o Ideologisch wird, wie gerade anhand der letzten Ereignisse sichtbar wurde, in vielfältiger Weise die Stimmung verbreitet und der Boden vorbereitet für die Wiederherstellung des "Großdeutschen Reiches" unter Einschluß Österreichs, auch wenn dies verdeckter und nicht so offen wie zur Zeit des Hitlerfaschismus propagiert wird.

Daß hierbei immer wieder und gerne auf die Österreicher verwiesen wird, die angeblich doch selbst "heim ins Reich" wollen, ist Teil dieser Stimmungsmache wie schon damals in den dreißiger Jahren.

Daß nach wie vor alle drei Strophen des "Deutschlandliedes" offizielle Nationalhymne sind und gerade auch die erste Strophe: "Deutschland, Deutschland über alles... von der Etsch (d.h. Südtirol) bis an den Belt" (d.h. Dänemark) in den Schulen verstärkt eingepaukt werden soll, darf man nicht unterschätzen, sondern muß als Schürung deutscher großmachtchauvinistischer Stimmungen begriffen werden.

WER DEN KAMPF GEGEN DIE EINVERLEIBUNG ÖSTERREICHS ALS "STÄRKUNG DES ÖSTERREICHISCHEN NATIONALISMUS" ABTUT, STÄRKT DEN DEUTSCHEN GROSSMACHTCHAUVINISMUS

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Einverleibungskampagne des westdeutschen Imperialismus gegenüber Österreich und gerade auch angesichts der jüngsten ideologischen Offensiven in dieser Richtung gibt es eine ganz gefährliche und völlig falsche Haltung zu diesen Tatsachen. Der Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus in dieser Frage wird mit der Begründung abgelehnt, es handle sich "um einen Konflikt zwischen zwei imperialistischen Räubern, und wer sich dabei auf eine Seite gegen eine andere stellt, der schürt nur den Nationalismus".

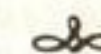
Solchen Leuten müssen wir antworten, daß es keineswegs darum geht, sich auf die Seite der österreichischen Imperialisten zu stellen (siehe hierzu auch die Stellungnahme der MLPÖ), sondern gegen die Politik des westdeutschen Imperialismus zu kämpfen. Und wer dies nicht tut, unter Hinweis auf den österreichischen Imperialismus, der duldet faktisch die großdeutsche Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber Österreich, der

GEGEN DIE POLITIK DER KLASSENVERSÖHNUNG ANGESICHTS DER NATIONALEN DEMAGOGIE DER ÖSTERREICHISCHEN BOURGEOISIE (Auszug aus einer Stellungnahme der MLPÖ)

Der Angelpunkt, um jegliche "nationale" Demagogie der österreichischen Bourgeoisie prinzipienfest zu entlarven, ist das Verständnis, daß die imperialistische Bourgeoisie Österreichs ihre PROFITINTERESSEN über alles andere stellt. Wenn es ihr Profitinteresse erfordert, dann wird sie das Land ohne Bedenken jedem beliebigen ausländischen Imperialismus verkaufen. Speziell die Erfahrungen der österreichischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1934 und 1938 zeigen, daß die durch und durch reaktionäre Bourgeoisie Österreichs jederzeit bereit ist, sich mit egal welcher fremden Macht gegen das "eigene" Proletariat, gegen das gesamte "eigene" arbeitende Volk zu verbünden. Zugleich muß jedoch verstanden werden, daß es durchaus in eben diesem PROFITINTERESSE der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs liegen kann und liegt, ein besonderes Geschrei in der Richtung der "Verteidigung der nationalen Souveränität" zu machen. Das muß als "reiner Regierungsschwindel" entlarvt werden, mit dem die Bourgeoisie ihre reaktionären Klasseninteressen bemäntelt, jene Profitinteressen der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs, die im unveröhnlichen Gegensatz zum Klasseninteresse des revolutionären Proletariats stehen und sich gegen die Masse des arbeitenden Volkes des "eigenen" Landes richten. Nicht mehr die Bourgeoisie, sondern nur noch die Arbeiterklasse, die den Kampf für die proletarische Revolution auf ihre Fahne geschrieben hat, ist in der Lage, als der "wahre Vertreter aller gesunden Elemente" (Marx), d.h. der überwältigenden Mehrheit der Nation, aufzutreten.

("Mit Fehlern und Halbheiten brechen!" - Selbstkritik des ZK der MLPÖ auf dem 3. Parteitag, RF Nr. 201, 1. Ausgabe 1982, S.38)

verzichtet auf den Kampf gegen die imperialistische, großmachtchauvinistische Politik und Propaganda und unterstützt somit den westdeutschen Imperialismus.



Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es Widerstand. Die Erpressung, die Schikanen, die Ausbeutung österreichischer Werktätiger durch den westdeutschen Imperialismus werden auf zunehmende Gegenwehr der Betroffenen stoßen. Und es ist die Aufgabe der westdeutschen Marxisten-Leninisten, diesen Widerstand der werktätigen Volksmassen Österreichs als Teil des gerechten Kampfes aller vom westdeutschen Imperialismus Ausgebeuteten und Unterdrückten auf der ganzen Welt zu unterstützen und un-

ter den westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeitern darüber Klarheit zu schaffen.

Das wirkliche Bündnis zwischen der Arbeiterklasse Österreichs und der Arbeiterklasse Westdeutschlands auch in diesem Kampf kann nur auf der Grundlage einer richtigen Linie sowohl für die proletarische Revolution in Österreich als auch in Westdeutschland hergestellt werden. Diese Linie, die es im jeweiligen Land anzuwenden gilt, heißt: sozialistische Revolution durch den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zum Sturz des Imperialismus durch die bewaffnete Zerschlagung des Staatsapparates im Bürgerkrieg unter Führung des Proletariats und seiner Partei mit dem klaren Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

KAMPF DER ÖKONOMISCHEN, POLITISCHEN UND IDEOLOGISCHEN EINVERLEIBUNG ÖSTERREICHS DURCH DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

ES LEBE DER KAMPF DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERKLASSE UND DER ANDEREN WERKTÄTIGEN!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

ES LEBE DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS!



BEKÄMPFEN WIR DIE REVANCHISTISCHEN GESCHICHTSFÄLSCHUNGEN, DIE DIE EINVERLEIBUNG ÖSTERREICHS DURCH DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS BEGRÜNDEN SOLLEN

GEGEN ALLE SPEKULATIONEN MIT DER HALTUNG VON MARX UND ENGELS

Ganz klar entgegengetreten werden muß allen Versuchen, mit der Haltung von Marx und Engels zur Zeit der Revolution von 1848 zu spekulieren. Zu jener Zeit ging es um die Versuche der Bildung einer deutschen Nation durch eine siegreiche Revolution "von unten". Damals traten Marx und Engels in der Tat für einen demokratisch-revolutionären Zusammenschluß der verschiedenen Teile des damaligen "Deutschen Bundes" einschließlich Österreichs zu einem Staat ein, denn es ging um die revolutionäre Konstituierung einer Nation in der Phase des aufsteigenden Kapitalismus auf revolutionärem Weg.

Nachdem sich jedoch durch den Sieg der Konterrevolution die Chancen zerschlagen hatten, gleich zwei Horte der Reaktion, Preußen und Habsburg-Österreich, revolutionär zu vernichten und damit auch die slawischen Völker von diesen feudalen Henkermächten zu befreien, änderte sich die Lage wesentlich. Das reaktionäre Preußentum einigte mit Waffengewalt "von oben", unter seiner Herrschaft Deutschland zu einem reaktionären Staat ohne Österreich und führte zu diesem Zweck 1866 sogar einen Krieg gegen Österreich. Seit diesem Zeitpunkt und in den nachfolgenden Jahrzehnten bildeten sich historisch unwiderrufbar die österreichische Nation und die deutsche Nation heraus.

DER SPEKULATION MIT DEM RAUBFRIEDEN VON VERSAILLES ENTGEGENTRETEN

In der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wurde zu Recht der räuberische Charakter des Versailler Vertrags angeprangert. Doch eine Festlegung dieses Vertragswerks durfte keinesfalls angezweifelt werden: das Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland, wie es im Vertrag von St. Germain im September 1919 festgelegt worden war.

Von seiten der westlichen Imperialisten war dieser Beschluß natürlich nur zustande gekommen, weil sie vor einem mächtigen, großdeutschen, imperialistischen Konkurrenten Angst hatten. Dieses imperialistische Interesse deckte sich aber mit der historischen Wahrheit, daß sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die österreichische Nation herauszubilden begann, die dann auch ein unbedingtes Anrecht auf den eigenen Staat Österreich hatte.

Die im Rahmen des Vertrags von Versailles vorgesehene Garantie der Unabhängigkeit Österreichs war also richtig, unabhängig von den imperialistischen Motiven, die zur Aufnahme dieser Regelung in den Vertrag führten, und unabhängig davon, daß dieser Versailler Vertrag nichtsdestotrotz ein räuberischer, imperialistischer Vertrag war.

Im Widerspruch zu diesem vertraglich festgelegten Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland war in der Verfassung der Weimarer Republik, die heute immer noch als "überaus demokratisch" gewürdigt wird, der Anschluß Österreichs vorgesehen. Hierbei wurde an die später von den Faschisten demagogisch aufgegriffene Parole "Nieder mit Versailles" angeknüpft und die Annexion Österreichs durch das imperialistische Deutschland unter der Losung des "Anschlusses" vorbereitet.

Und so war es dann auch kein Zufall, daß die Hitlerfaschisten den Einmarsch 1938 nach Österreich unter anderem mit dem "Kampf gegen das Versailler Schanddiktat" zu rechtfertigen suchten.

Die besten Vertreter des österreichischen Volkes und seiner Arbeiterklasse hatten allerdings vier Jahre zuvor den Hitlerfaschisten unmißverständlich klargemacht, was sie von dieser faschistisch-imperialistischen "Anschluß"-Politik hielten. Die Arbeiter von Wien und anderen Orten Österreichs kämpften im Februar 1934 heldenhaft mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus.

NACH DEM SIEG ÜBER DEN HITLERFASCHISMUS WURDE DIE UNABHÄNGIGKEIT ÖSTERREICHS WIEDERHERGESTELLT

Die Wiederherstellung Österreichs zu einem selbständigen Staat nach vorübergehender Besatzung durch die vier Siegermächte der Anti-Hitler-Koalition war das Ergebnis dessen, daß Hitlerdeutschland durch den Kampf der Völker der antifaschistischen Koalition niedergeschlagen worden war. Es war vor allem auch das Ergebnis der Befreiung Österreichs durch die Truppen der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion, die am 13. April 1945 siegreich in Wien einmarschierten.

Schon in der Moskauer Erklärung vom 1. November 1943 war aufgrund der Bemühungen der Sowjetunion unter Führung Stalins erreicht worden, daß die damaligen Verbündeten der Sowjetunion, England und USA, unter anderem auch folgendes unterschrieben:

"Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kommen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß. Sie betrachten den

Anschluß, der Österreich am 13. März 1938 aufgezwungen worden ist, als null und nichtig...

Sie geben dem Wunsch Ausdruck, den freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen und dadurch dem österreichischen Volk selbst ebenso wie anderen benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist."

("Moskauer Deklaration", 1. November 1943, in: "Weg und Ziel", Monatszeitschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, 7.Jg., Dezember 1949, Nr.12, S.778)

Unter dem Druck der siegreichen Völker der antifaschistischen Koalition und geschwächt durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg wagte es der westdeutsche Imperialismus nicht, 1949 in seine Verfassung offen die Forderung nach Anschluß Österreichs aufzunehmen. Jedoch hinderte ihn das nicht daran, systematisch Österreich von Westdeutschland abhängig zu machen, diese wirtschaftliche und politische Abhängigkeit bis heute immer mehr auszudehnen und zu verstärken und auf vielfältige Weise die ideologische Offensive zur Propagierung der Einverleibung Österreichs voranzutreiben.



Auf der Demonstration am 15.5.1986 in Wien

STREIFLICHTER, LEHREN UND ERFAHRUNGEN AUS WACKERSDORF UND TSCHERNOBYL



Flugblatt der MLPÖ, das u.a. am 15.5.1986 auf der Demonstration in Wien verteilt wurde. (Zu der Demonstration selbst siehe S.23-25 in dieser Nummer):

ANGESICHTS VON T S C H E R N O B Y L U N D W A C K E R S D O R F :

NIEDER MIT EINEM SYSTEM, DAS FÜR KRIEGSVORBEREITUNG UND MAXIMALPROFIT ÜBER LEICHEN GEHT !

Die Katastrophe von TSCHERNOBYL hat in furchtbarer Weise gezeigt, wie berechtigt und notwendig der Kampf gegen das AKW ZWENTENDORF, der Kampf gegen die WAA WACKERSDORF und gegen alle "zivilen" und militärischen Atomanlagen und Projekte der Imperialisten überall auf der Welt ist.

TSCHERNOBYL UND WACKERSDORF: ANKLAGEN GEGEN DAS MENSCHENVERACHTENDE AUSBEUTERSYSTEM IN WEST UND OST !

Tschernobyl und Wackersdorf zeigen die ganze Fäulnis und Verworfenheit eines Gesellschaftssystems, das sich nicht am Wohl der werktätigen Massen, sondern am Maximalprofit einer ausbeuterischen Minderheit orientiert.

TSCHERNOBYL: ANKLAGE GEGEN DIE RUSSISCHEN SOZIALIMPERIALISTEN, GEGEN DIE NEUE BOURGEOISIE IN DER HEUTIGEN SU

Die "KPÖ, die sich wieder einmal als ausgesprochene Papageien-Partei der Kreml-Herren erweist, wird mit gutem Grund auf breites Hohngelächter stoßen, wenn sie es wagen würde, das Beispiel Tschernobyl als Beleg für die angebliche "Demokratie im Interesse des Volkes" in der UdSSR anzuführen. An Tschernobyl wurde nämlich sichtbar, welches menschenverachtende System heute im Reich der Gorbatschow und Konsorten herrscht: Tagelang wurden die Bevölkerung der Ukraine, der anderen Republiken und sogenannten "Bruderländer" überhaupt nicht über die Katastrophe und ihre Aus-

wirkungen informiert. Zur Wahrung des Scheins wurde bewußt in Kauf genommen, daß zehntausende, wenn nicht sogar hunderttausende und Millionen auf Jahre und Jahrzehnte hinweg qualvoll an den Folgen der atomaren Verseuchung zu leiden haben werden, die es gemäß dem Lügengerede der Kreml-Führer niemals hätte geben können !

Diese verbrecherische und menschenverachtende Haltung der heute in der UdSSR Herrschenden ist Ausdruck der Tatsache, daß dort nicht die Arbeiter im Bündnis mit den anderen werktätigen Massen die Macht im Staate haben. Dort ist vielmehr eine neue Bourgeoisie an der Macht. Das heutige Rußland ist eine imperialistische Großmacht, die mit den anderen imperialistischen Großmächten, den USA, Frankreich, der BRD, Japan und England um die Vorherrschaft in der Welt ringt.

Ebenso wie die anderen Imperialisten machen die heutigen Machthaber im Kreml bei ihrem Weltherrschaftsstreben vor keinem Verbrechen gegen die Völker halt. Das zeigt u.a. ihre faschistische Aggression und ihr Terror in Afghanistan.

TSCHERNOBYL steht gerade auch mit dieser kriegstreiberischen Politik im Zusammenhang. Der Kernreaktor in Tschernobyl dient in erster Linie zur Plutonium-Herstellung von Atombomben.

Die skandalöse Desinformation, die betrügerische Irreführung der Völker der UdSSR und anderer Länder im Falle Tschernobyls ist nur

eine Variante des selben Vorgehens der kapitalistischen und imperialistischen Machthaber überall sonst ! Mit wirklichem Sozialismus, wie er in der UdSSR früher sehr wohl bestand, hat das nicht das geringste zu tun. Wer das Gegenteil behauptet, betrügt wissentlich oder unwissentlich !

TSCHERNOBYL sollte gerade auch für jene ersten Anlaß zum Nachdenken und zur Überprüfung der eigenen Haltung sein, welche sich bisher - trotz Eritrea, Afghanistan usw. ! - um eine klare Stellungnahme zur heutigen Sowjetunion herumgedrückt haben oder die russischen Imperialisten gar als "kleineres Übel" ansehen. Sie laufen damit zwangsläufig Gefahr, über kurz oder lang gänzlich auf das reaktionäre Niveau der Muhri-Revisionisten herabzusinken.



Protestkundgebung in Polen gegen die Reaktor-katastrophe von Tschernobyl und die volks- und völkerfeindliche Vertuschungspolitik der Kreml-Herren.

WACKERSDORF: ANKLAGE GEGEN DEN WEST-DEUTSCHEN IMPERIALISMUS, MILITARISMUS UND REVANCHISMUS, GEGEN DIE FASCHISIERUNG IN DER BRD !

Der westdeutsche Imperialismus hat unter der SPD-Regierung Schmidt (derselben SPD, die sich heute demagogisch als "Opposition" aufspielt) ein gigantisches Atomprogramm gestartet: Atomkraftwerke, einschließlich Wiederaufbereitungsanlagen wurden geplant und gebaut.

Abgesehen von den ökonomischen Interessen der beteiligten Firmen, wie z.B. Siemens, die

sich durch die Wiederaufbereitungsanlage immense Profite verschaffen, geht es dabei vor allem um eins: Plutonium, das in Wackersdorf wiedergewonnen werden soll, ist die Grundlage zur Herstellung von Atombomben. Gerade um selbständig Atombomben produzieren zu können, braucht man Wackersdorf. Bezeichnend ist, daß Wackersdorf gerade dann betriebsfertig sein soll, nämlich 1995, wenn der Bonner Staat auch formell an keine Einschränkungen mehr gebunden ist, welche atomare Bewaffnung der Bundeswehr untersagen...

Vor diesem Hintergrund wird auch die Härte klar, mit der Wackersdorf von seiten der Herrschenden in Bonn durchgesetzt werden soll

Für alle, die an den Kämpfen um Wackersdorf unerschrocken teilgenommen oder ihn auch nur von der Ferne mitverfolgt haben, mußte deutlich werden, was von den vielgepriesenen "demokratischen Freiheiten", dem "demokratischen Rechtsstaat" usw. zu halten ist, der mit allen Mitteln und oft ungeheuerlichen Methoden gegen die protestierende Bevölkerung vorgeht: Tagtägliche Bespitzelung und Kontrolle; brutale Einsätze von Polizei, Bundesgrenz(!)-schutz und "SEK"; Überfälle auf Bauernhöfe; Schäferhunde werden auf Demonstranten losgelassen.

Um den Protest niederzumachen und buchstäblich zu ersticken, wird auch nicht zurückgeschreckt, zu einem alten Kampfmittel des deutschen Imperialismus zu greifen: dem Gasangriff. (Die Wasserwerfer, die hierfür eingesetzt wurden, kamen u.a. aus dem "rot-grünen" Hessen. Das darf den Staats-"Grünen" nicht vergessen werden !). Bei dem Gasangriff an Ostern gab es schon einen Toten, und schon zuvor geht eine tote Frau auf das Konto der westdeutschen Imperialisten und all ihrer Büttel und Helfershelfer !

Die Faschisierung des Bonner Staates, die hektischen Kriegsvorbereitungen der deutschen Monopolherren, das alles wird konzentriert sichtbar in Wackersdorf.

Zugleich zeigt Wackersdorf aber auch, daß der Widerstand dagegen unbedingt nötig, möglich und machbar ist. Es ist auch richtig und notwendig, daß fortschrittliche Menschen, Antimilitaristen und Antifaschisten aus Österreich den Kampf in Wackersdorf massiv unterstützen und direkt daran teilnehmen !

WACKERSDORF - das zeigt gerade auch, daß alle jene Unrecht haben, die überall auf der Welt den Kampf nur gegen eine imperialistische Großmacht konzentrieren wollen, nämlich den US-Imperialismus. Diesen bezeichnen sie pauschal als "Hauptfeind der Völker", während sie eine imperialistische Großmacht wie

die BRD heute faktisch als vom US-Imperialismus "besetzt" und als eine Art "Halbkolonie" hinstellen.

Der Kurs des unbedingten Durchziehens des Projekts WAA Wackersdorf durch die Bonner Machthaber zeigt in Wirklichkeit jedoch, daß der westdeutsche Imperialismus schon längst alles daran setzt, selbständig und durchaus auch ohne und gegen den US-Imperialismus - auf verschiedenen Gebieten auch schon in massiver Rivalität zu ihm - in den Kampf für die imperialistische Neuaufteilung der Welt einzugreifen. Die WAA Wackersdorf ist ein wichtiger Baustein, um noch bestehende "Abhängigkeiten" möglichst zu beseitigen.

Wer das alles in Abrede stellt, hat aus den schichtlichen Erfahrungen zweier Weltkriege nichts gelernt und hat schon einen gefährlichen Schritt hin zur sozialchauvinistischen Bagatellisierung eines solchen blutbesudelten imperialistischen Räubers wie des deutschen Imperialismus getan!

TSCHERNOBYL, WACKERSDORF UND ÖSTERREICH: DIE REAKTIONÄREN MANÖVER DER ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN ENT-LARVEN !

TSCHERNOBYL, WACKERSDORF UND ZWENTENDORF: KEINE ILLUSIONEN IN EIN "UMDENKEN" DER HERRSCHENDEN !

Nach dem entsetzlichen Reaktorunglück von TSCHERNOBYL könnte es fast scheinen, als ob bei den Politikern der Parlamentsparteien die wahre Vernunft eingekehrt sei. Keiner will zurückstehen mit Erklärungen darüber, daß in der Frage der Atomenergie ein "Umdenken" erforderlich sei. Die scheinbar so wundersam "bekehrten" bürgerlichen Politiker in Österreich von Steyrer und Waldheim bis Steger

und Zilk haben teilweise sogar irgendwelche "Bedenken" gegen die WAA Wackersdorf entdeckt.

Sie versuchen sich sogar als internationale "Vorkämpfer" gegen die Gefahren der Atomnutzung hinzustellen, die "weise" auf die Inbetriebnahme von ZWENTENDORF verzichtet hätten.

Diese elenden Heuchler! Wahr ist, daß sie bis heute Zwentendorf jederzeit einschaltbereit halten. Erst kürzlich haben Sinowatz, Steyrer und Konsorten nochmals alle Hebel in Gang gesetzt, um entgegen dem erklärten Willen der österreichischen Bevölkerung Zwentendorf doch noch aufzusperren. Auch die ÖVP, die vor Jahren selbst den Anstoß zum Bau von Zwentendorf gegeben hat, hat erst jüngst ihre Zustimmung zum Aufsperrn von Zwentendorf signalisiert, nämlich unter gewissen für sie günstigen Voraussetzungen.

Äußerst bezeichnend ist auch, daß Steger u.a. den verbalen "Verzicht" auf Zwentendorf sogleich mit einer Offensive zum Bau des Donaukraftwerks Hainburg verbunden haben. Und ebenso wenig ist auszuschließen, daß sie irgendeinen anderen Vorwand hernehmen, um schließlich Zwentendorf doch noch aufzusperren. Es ist ganz und garnicht auszuschließen, daß sie, wenn die "Konjunktur" günstiger dafür ist, zu der "allerneuesten Erkenntnis" gelangen, daß "bei uns" und überhaupt "gemäß den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen" usw. das AKW Zwentendorf ja doch "sicher" und vor allem "unbedingt nötig" sei...

Nein, diesen verlogenen und korrupten Typen darf man keine Sekunde glauben. Sie schwören heute Stein und Bein, dagegen zu sein, und haben schon morgen ihr "dummes Geschwätz von gestern" vergessen, um das Gegenteil zu tun, wenn das die Profitinteressen des Monopolkapitals erfordern, dessen politische Sachwalter sie sind. Man darf sich keinerlei Illusionen in die "Vernunft" der Herrschenden machen und niemals auf ihre "Einsicht" vertrauen. Nur durch die Verstärkung des Kampfes gegen sie können wir etwas erreichen!

Krejci: „Habe nicht alle Hoffnung verloren“

Industrie gibt Atom noch nicht auf
Atomhoffnung nicht aufgegeben

„Der Weg zu einer Volksabstimmung ist noch weiterhin offen“

ÖVP-Graß: Zwentendorf vorläufig nicht abreißen

Weil niemand es wagt, das „10-Milliarden-Ding“ zu schleifen:

Soll Zwentendorf doch noch für die große Koalition aufgehoben werden?

TSCHERNOBYL: FÜR DIE HERRSCHENDEN IN ÖSTERREICH ANLASS ZUR SCHÜRUNG VON CHAUVINISMUS !

In ekelerregender Weise haben die bürgerlichen Medien in Österreich nach Bekanntwerden der Katastrophe von Tschernobyl geradezu jubelt: "Wind bläst nach Norden, Atomwolke wandert nach Skandinavien - keine Gefahr!" Keine Gefahr für wen? Was ist mit der Bevölkerung Finnlands, Schwedens, Norwegens, Dänemarks? Was ist mit der Bevölkerung der Ukraine, der anderen Gebiete der Sowjetunion und Polens? Sind das keine Menschen? Sind das vielleicht "Untermenschen"? Man kann nur schaudern bei solchem chauvinistischen Gehabe nach dem Motto: "Oh heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd' andre an!"

Die Solidarität mit den werktätigen Massen dieser Länder angesichts der radioaktiven Verseuchung weiter Gebiete dort muß sich gerade auch gegen diesen widerlichen Chauvinismus richten. Derartige ideologische Verhetzung war und ist von jeher Bestandteil der Vorbereitung eines Krieges gegen andere Völker und muß entschieden bekämpft werden, unter welchem Vorwand auch immer sie betrieben wird!

TSCHERNOBYL UND DIE HERRSCHENDEN IN ÖSTERREICH: VERWIRRUNG SCHAFFEN AUCH ALS VORWAND FÜR KRIEGSVORBEREITUNGEN UND MILITARISTISCHE GLEICHSCHALTUNG

Existiert eine Gefahr? Ja?! Nein?! Soll man in den Häusern bleiben oder muß man lediglich die grüne Wiese meiden? Können Kinder im Sand spielen, oder lieber doch nicht?! Keine Milch trinken, kein Blattgemüse essen! Aber radioaktiv verseuchte Lebensmittel werden doch beschlagnahmt! Also kann man doch alles essen, oder doch nicht? So oder so ähnlich geht die Politik der Verunsicherung und Verwirrung, das Hin- und Herpendeln zwischen Verharmlosung und Panikmache vor sich. Das ist nicht nur Ausdruck dessen, daß gegen radioaktive Verseuchung noch keine wirklichen Abhilfen gefunden wurden, sondern das dient auch noch einem anderen Zweck:

Die berechtigte Angst und die berechtigte Kritik an dieser Desinformationskampagne und an kindischen Ratschlägen (in der Art der Akten-tasche, die beim Abwurf einer Atombombe über den Kopf zu halten sei) wird schamlos dazu ausgenutzt, um ein Programm der Zivilschutzübungen und Notstandsübungen und somit Militarisierung und Kriegsvorbereitung besser verkaufen und durchsetzen zu können.

In den Schulen sollen jetzt "Übungen für den Katastrophenfall" durchgeführt werden (siehe "Kurier", 10.5.1986). Zugleich wird die Gelegenheit wahrgenommen, um die Propaganda-Trom-



Eine Strahlenübung bei den Luftschutzpionieren des Bundesheeres

mel für das Bundesheer zu schlagen. "Keine Milch ohne Hilfe von Polizei, Heer" tönt es aus den bürgerlichen Medien (siehe "Kurier" vom 8.5.1986). "Ohne Hilfe des Bundesheeres und der Exekutive hätten wir das nicht bewältigt", äußerte auch das Ministerium Kreuzers (siehe ebenda). Und: "Der Zivilschutz ist Bestandteil der umfassenden Landesverteidigung", erläuterte der "Kurier" am 12.5.

Zunehmende Militarisierung und Aufblähung des bürgerlichen Unterdrückungsapparats ("Abfangjäger", "Goldhaube", "umfassende Landesverteidigung", Ausbau und weitere Ausrüstung des Polizeiapparats usw. usf.) sollen so unter den werktätigen Massen als unterstützenswert hingestellt werden.

Diese reaktionären und militaristischen Vorbereitungen und Absichten zwecks Herstellung der "Ruhe an der inneren Front" müssen unbedingt entlarvt und durchkreuzt werden!

Das erfordert auch, alle jene offenen und verkappten Sozialchauvinisten anzuprangern, die im Nachtrab der imperialistischen Bourgeoisie das Lied von der "Landesverteidigung" anstimmen. Sie wollen vergessen machen, daß die österreichische Bourgeoisie und ihre oberste Interessenvertretung, die österreichische Regierung, nicht nur nach innen, sondern auch nach außen ausbeuterische Interessen verfolgt, mit einem Wort, imperialistische Interessen.

Die Politik der Herrschenden richtet sich niemals auf die Sicherung des Wohlergehens der arbeitenden Massen, welche sie nie wirklich als Menschen ansehen, sondern stets nur als Ausbeutungsobjekt und gegebenenfalls als Kanonenfutter.

Die Arbeiterklasse und alle werktätigen Menschen können sich nur "schützen", indem sie den erbarmungslosen Kampf gegen "ihre" Unterdrücker und Blutsauger aufnehmen und verstärken und diese letztendlich unschädlich machen.

Den österreichischen Arbeitern und anderen Werktätigen steht unmittelbar die imperialistische Bourgeoisie Österreichs gegenüber. Das österreichische Monopolkapital hat hier die Macht. Deshalb müssen wir unseren Kampf gegen die Ausbeuterklasse und ihren Staat hierzulande konzentrieren.

EIN SYSTEM, DAS FÜR KRIEGSVORBEREITUNG UND MAXIMALPROFIT ÜBER LEICHEN GEHT, IST NUR WERT, ZERSCHLAGEN ZU WERDEN !

Die wichtigen und zum Teil auch erfolgreichen Kämpfe in der Vergangenheit, sei es zu Zwentendorf in Österreich, sei es in Wyhl, Gorleben, Kalkar, Brockdorf usw. in der BRD, zeigen, daß nur unter dem Druck großer Demonstrationen und Aktionen Erfolge wie die Nichtinbetriebnahme möglich sind. Dabei hat sich auch immer wieder gezeigt, daß die Abwiegelei diverser reformistischer Kräfte mit Losungen wie "unbedingt gewaltfrei", "der Polizei keinen Vorwand liefern", "entscheidend sind die nächsten Wahlen" usw. ganz massiv geschadet haben und unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Wir dürfen uns von solchen Parolen nicht vom entschlossenen Widerstand abhalten lassen. Ist denn so schwer zu verstehen, daß gegen solche militaristischen Mammutprojekte wie die WAA in Wackersdorf, wenn überhaupt, nur der militante, entschlossene und selbständige Kampf etwas erreichen kann, daß man mit diesen Herren in der Sprache sprechen muß, die sie auch verstehen ?!

Doch es geht noch um mehr. Der Kampf um Zwentendorf, Wackersdorf usw. ist und kann nur Teil eines viel umfassenderen Kampfes sein. Denn diese Projekte sind Teil und Ausdruck des kapitalistischen Systems, das für den Profit über Leichen geht, skrupellos Millionen von Toten in Kauf nimmt, sei es aufgrund von Umweltvergiftungen (wie die verheerende Katastrophe in Bhopal in Indien, in Seweso in Italien), sei es aufgrund von Arbeitshetze und Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger, sei es aufgrund der am Profit orientierten Verkehrspolitik mit ihren tagtäglichen Toten und Verletzten, sei es aufgrund der Aussichtslosigkeit und



Pfingsten 1986 in Wackersdorf

Sinnlosigkeit des Lebens für viele oder sei es aufgrund der Massenvernichtung und des Massensterbens für den Profit einer winzigen Minderheit von Finanzmagnaten in einem imperialistischen Krieg.

All die verheerenden Erscheinungen und Gefahren in der heutigen Welt hängen eben mit den Profitinteressen der machthabenden Bourgeoisie, der Imperialisten und Sozialimperialisten, zusammen.

Eine neue Klasse muß an die Macht; eine Klasse, die ihrer ganzen Existenz und ihrem Charakter nach überhaupt kein Interesse an imperialistischen Kriegen, Vergiftung der Lebensbedingungen usw. haben kann. Diese Klasse ist das Proletariat als die einzig bis zum Schluß revolutionäre Klasse, die sich selbst nur emanzipieren kann, indem sie die ganze Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung, Elend und Not befreit. Erst wenn die Millionenmassen schaffender Menschen in Stadt und Land, die heute unter den Übeln und Lasten des Kapitalismus stöhnen, selbst das Sagen haben, erst dann sind wirklich die Voraussetzungen geschaffen für den Aufbau eines von diesen Übeln und Lasten, Gefahren und Katastrophen befreiten, menschenwürdigen Lebens. Wer dagegen dieses Ausbeutersystem "reformieren" will, der hilft in Wirklichkeit nur mit, Elend und Leid von Millionen und Milliarden zu vergrößern. Nein, dieses ganze verkommene System muß einfach weg.

Nur der gewaltsame Sturz des kapitalistischen Systems in der sozialistischen Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats gegen die Bourgeoisie, die Verwirklichung der proletarischen Demokratie, der Aufbau einer neuen sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft, ist ein wirklicher Ausweg, eine wirkliche Perspektive aus diesem durch und durch verfaulenden imperialistischen System mit all seinen Pest- und Eiterbeulen.



Das nachfolgend abgedruckte Flugblatt antifaschistischer und antiimperialistischer WAA-Gegner aus Österreich wurde von der MLPÖ mitinitiiert. Es wurde vor allem auf dem sogenannten "Anti-WAA-Festival" in Burglengenfeld/BRD verteilt, um der bürgerlichen Demagogie vom "atomfreien Österreich" entgegenzutreten.

Zu den Auftritten der Frischenschlager, Haslauer, Steger und Ko.:

Vorsicht vor den Wölfen im Schafspelz !

Seit der Katastrophe von Tschernobyl versuchen sich diverse österreichische "Spitzen"-Politiker international als "Vorkämpfer" gegen die Gefahren der Atomnutzung im allgemeinen und gegen die WAA im besonderen hinzustellen. Sie bemühen sich, den Anschein zu erwecken, als habe "ganz Österreich umgedacht".

Diese demagogische Akrobatik der Herrschenden in Österreich verpflichtet alle ehrlichen WAA-Gegner zu einer klaren Stellungnahme. Diese Heuchelei darf nicht unbeantwortet bleiben. Wir dürfen unseren Widerstand und Protest von diesen Typen nicht für ihre reaktionären Zwecke ausschachten lassen !

● GEMEINSAM MIT FRISCHENSCHLAGER UND STEGER GEGEN DIE WAA ??? ●

Das Auftreten von Figuren wie Frischenschlager und Steger bei Kundgebungen und Aktivitäten gegen die WAA in Wackersdorf ist für alle antifaschistischen WAA-Gegner eine ungeheuerliche Provokation, die nicht hingenommen werden darf.

» Frischenschlager und Steger sind Mitglieder der "FPÖ", die heute zusammen mit der SPÖ in Österreich an der Regierung ist. Die FPÖ ist unmittelbare Nachfolgerin des Anfang der 50er-Jahre mit Hilfe des damaligen SPÖ-Innenministers Helmer gebildeten faschistischen "VdU", einem braunen Sammelbecken von Nazifaschisten. Zu dieser Partei gehört nicht nur der Justizminister Ofner der SPÖ/FPÖ-Regierung, der offen bekundet, daß seine "Heimat" das "3.Reich" sei. Zu ihr gehört auch der berühmte SS-Peter, der von Kreisky persönlich hoffähig gemacht wurde.

» Frischenschlager, der Anfang Juni 1986 bei der Demonstration in Schwandorf auftauchte, hat als österreichischer Kriegsminister eine führende Rolle beim Ankauf sogenannter "Abfangjäger" für das österreichische Bundesheer gespielt. Bekannt wurde Frischenschlager vor allem, weil er im Auftrag der Regierung den faschistischen Massenmörder Reder per Handschlag in der "Heimat" empfangen hat.

» Steger, der hier seinen Auftritt haben soll, ist als Handels- und Energieminister direkt mitverantwortlich für den versuchten Bau des Kraftwerks Hainburg. Er ist auch federführend bei dem skandalösen österreichischen Bau eines gigantischen Kraftwerks in Nagymaros/Ungarn. Nagymaros ist ganz einfach der profitable Export von Hainburg auf Kosten der Werktätigen in Ungarn und in Österreich. - Die wirkliche Visage Stegers wird auch deutlich, wenn man sich daran erinnert, daß er zu jenen profaschistischen Demonstranten für den Nazi-Professor Borodajkewycz gehörte. Aus deren Reihen heraus wurde 1965 zum erstenmal seit 1945 in Österreich wieder ein Antifaschist und Revolutionär, der Genosse Ernst Kirchweger, auf offener Straße ermordet !

Wer derartige Typen hier duldet oder ihnen sogar applaudiert, muß also genau wissen, was er tut und in welcher Gesellschaft er sich befindet !

● GEMEINSAM MIT DEN HERRSCHENDEN IN ÖSTERREICH GEGEN DAS "EINREISEVERBOT" ??? ●

Ober die Beweggründe des Auftretens des Salzburger Landeshauptmanns Haslauer und seinesgleichen darf man sich keine Illusionen machen. Sie haben sich natürlich nicht über Nacht vom Saulus zum Paulus gewandelt. Als die eingefleischten Reaktionäre, die sie sind, bleiben sie sich auch bei ihren "Bedenken" gegen Wackersdorf und gegen das Einreiseverbot völlig treu.

Diese Interessenvertreter und Hüter der Ausbeuter"ordnung" in Österreich sind eigentlich völlig einverstanden mit dem harten "Durchgreifen" in Wackersdorf und anderswo gegen militante WAA-Gegner, die sie als "gewalttätige Chaoten" befeuern. Haslauer hat nur eine Sorge: "Eine Politik jedoch, die besorgte Bürger mit anarchistischen Kräften auf eine Stufe stelle, nähre die Chaoten, statt sie zu isolieren." (Haslauer, zitiert in "Salzburger Nachrichten", 7.7.1986). Haslauer und seinesgleichen fürchten also lediglich, daß ein unterschiedsloses Einreiseverbot nur weiter zur Radikalisierung der WAA-Gegner beitrage. Sie aber wollen die "Isolierung" der militanten WAA-Gegner, ihre Kriminalisierung und Zerschlagung!

In der Tat unterstützen die österreichischen Staatsorgane ihre westdeutschen "Kollegen" ganz massiv bei der Unterdrückung des kämpferischen Widerstands gegen die WAA. Wenn österreichische Medien bisweilen mit Fingern auf die bayerischen Grenzpolizisten zeigen, so ist das einfach verlogen. Denn österr-eichische Polizisten sind ihrerseits an den Grenzen gegen WAA-Gegner vorgegangen und haben sie beim Weiterreisen gehindert. Österreichische WAA-Gegner wurden von österr-eichischen Polizisten auch verhört, stundenlang festgehalten und eingesperrt.

Der österreichische SPÖ-Innenminister B l e c h a hat eigens auch einen Schnüffel-Erlaß herausgegeben, es sei "nicht nur die Zahl der vorhersehbaren Demonstranten, sondern auch deren Zugehörigkeit zu den verschiedensten Lagern festzustellen" ("Kurier", 25.6.1986). Klar, daß bei der blendenden Zusammenarbeit zwischen den Staatsschützern in der BRD und in Österreich gegenseitig entsprechende "Winke" gegeben werden.

Damit nicht genug. Zu Ostern waren offiziell mindestens zwei österreichische Exekutivbeamte, ein Polizeioberst aus Wien und ein Gendarmerieoberstleutnant des Einsatzkommandos vier Tage in Wackersdorf, "um zu beobachten, zu lernen und zu berichten" ("Die Exekutive", Juli/August 1986). Über den konterrevolutionären Zweck ihrer Mission gibt es keinen Zweifel:

"Die Erfahrungen und die genauen Unterlagen über den polizeilichen Einsatz rund um Wackersdorf bilden die Grundlage für weitere Diskussionen im österreichischen Innenministerium über künftiges Verhalten bei zu befürchtenden Auseinandersetzungen zwischen Exekutive und Demonstranten." ("Die Exekutive", Juli/August 1986)

Das zeigt, daß "kritische" Äußerungen von Haslauer und anderen gegen "Polizeistaatspraktiken", die sie in Bayern angeblich "verurteilen", durch und durch verlogen sind. Sie selbst sind nämlich haargenau aus dem selben Holz geschnitten. In Hainburg im Winter 1984/1985 haben sie ihre Polizeischläger mit großer Brutalität gegen die Demonstranten eingesetzt und das gleiche Geschrei über "Radikale" und "Chaoten" in der Au angestimmt. Bei unliebsamen Demonstrationen und Protestaktionen in Österreich sind nicht nur einmal festgenommene ausländische Teilnehmer sofort abgeschoben worden. Ebenso wird gegen "verdächtige" Ausländer Einreiseverbot verhängt. So zum Beispiel 1972 anlässlich der Proteste in Salzburg beim Nixon-Besuch, als westdeutsche Demonstranten an der Grenze zurückgewiesen wurden.

● DAS LOBLIED ÜBER DAS ANGEBLICH "ATOMFREIE" ÖSTERREICH MITSINGEN ??? ●

Es ist nichts als infame Heuchelei, wenn die Marktschreier des Kapitals in Österreich und diverse Leute an ihren Rockzipfeln lautstark prahlen, daß Österreich beim "Einstieg in das atomfreie Zeitalter" als Vorbild dienen könne.

Das österreichische Finanzkapital steckt in Wirklichkeit bis über beide Ohren im internationalen Atomgeschäft! Wir können hier nur einige Beispiele anführen:

» Die verstaatlichte VOEST ist führend bei der Kerntechnologie und spezialisiert sich schon seit 1972 mit staatlicher Förderung auf die Herstellung von wichtigen Beiteilen für den "Schnellen Brüter" ("Herstellung schwerer Komponenten für Kerntechnik", siehe VIAG-Werbebrochure "Partner in Österreich") - ebenso wie ihre 100 % Tochter, die VEW ("Natriumtechnologie für Schnelle Brüter", siehe ebenda).

Weiters gehört die VOEST einem europäischen Firmenzusammenschluß unter der Führung der westdeutschen Imperialisten an, der seine Atomgeschäfte vor allem in Lateinamerika macht (z.B. war die VOEST an der brasilianischen Firma NUCLEP mit 25 % beteiligt!).

» Siemens und die 100 % Tochterfirma KWU sind Hauptbeteiligte in der durch und durch militaristischen Atomproduktion. SIEMENS ÖSTERREICH ist zu 46 % in den Händen der Verstaatlichten-Holding VIAG. Schon von daher ist es eine Farce, wenn sich österreichische Politiker öffentlich gegen Atomkraft stellen, und andererseits den federführenden Firmen wie SIEMENS, HÜCHST, BAYER... auf Kosten der Werktätigen günstige Bedingungen für ihre Profitmaximierung schaffen.

* Vorläufiger Höhepunkt bei der Kriminalisierung von WAA-Gegnern durch österreichische Institutionen ist die ORF-Fahndung nach Wackersdorf-Gegnern in der berüchtigten Fernsehsendung "Aktienzeichen XY". Zimmermann, Moderator der Sendung, rief auch die österreichischen Fernsehzuschauer auf, militante WAA-Gegner zu denunzieren. (Anmerkung der RF-Redaktion).

» Österreichisches Kapital mischt auch ganz kräftig dabei mit, das südafrikanische Rassisten-Regime atomar zu bewaffnen. Die LÄNDERBANK und die CA, beide verstaatlicht, sind Teil eines Bankkonsortiums, zu dem u.a. auch die DEUTSCHE und die DRESDNER BANK gehören. Mittels Krediten finanzieren sie das südafrikanische Atomprogramm. Österreichs Beteiligung ist keine Kleinigkeit. Mit knapp 1 Milliarde Dollar nehmen die österreichischen Banken bei dem Südafrika-Geschäft weltweit den 7. Platz ein. Sie rangieren damit nur knapp hinter den USA und noch vor Japan und Kanada! Die LÄNDERBANK steht bei den von Mitte 1982 bis Ende 1984 an Südafrika vergebenen Krediten bereits an 10. Stelle!

Mit dieser Politik nehmen die Herrschenden in Österreich massiv an der internationalen Atomausrüstung und Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg teil. Das geht Hand in Hand mit der Ausrüstung aller möglichen faschistischen und erzreaktionären Regimes in der Welt mit österreichischen "Kürassier"-Panzern, Kanonen usw. - gegen die dort um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker und für die Sicherung der Maximalprofite der österreichischen Imperialisten!

Aufgrund all dessen muß unsere entschiedene Solidarität und Unterstützung des echten Widerstands in der BRD gegen Wackersdorf, Brockdorf usw., in Frankreich gegen La Hague, in England gegen Sellafield und überall sonst gegen die imperialistischen Atom-Projekte vor allem in der Entlarvung und im Kampf gegen die verbrecherischen Machenschaften der österreichischen Imperialisten bestehen. Gegenüber all jenen, welche die Einheit mit den Zilk, Steger, Haslauer und Konsorten suchen und propagieren, erklären wir, daß für diese und alle anderen Repräsentanten des Kapitals die Devise nur lauten kann: Unversöhnlicher Kampf gegen sie und ihr ganzes menschenverachtendes System!

Antifaschistische und antiimperialistische WAA-Gegner aus Österreich



Nagymaros - Ein Lehrbeispiel für die "Operationen" des österreichischen Finanzkapitals

Mit dem Abschluß der Verträge über den Bau des Donaukraftwerks Nagymaros ist den österreichischen Finanzhaien wahrhaftig ein gewaltiger Coup gelungen. Steger bezeichnete den Vertrag als die größte Wirtschaftsvereinbarung, die je mit Ungarn gemacht worden sei (siehe "Salzburger Nachrichten", 30.5.1986).

Der Bau von Nagymaros ist im Grunde der Export von Hainburg nach Ungarn und die "Entschädigung" für die bisherige Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf.

Tatsächlich handelt es sich faktisch um die Errichtung eines österreichischen Kraftwerks auf ungarischem Boden. Die Donaukraftwerke AG tritt bei dem gesamten Projekt als Generalunternehmer auf. Der Kraftwerksbau wird durch einen Kredit der CA und der Länderbank in Höhe von 7 Milliarden S finanziert. 70 % der Aufträge sollen von österreichischen Firmen ausgeführt werden; u.a. von den Firmen "Universale", "STUAG", "Porr". Das sind, der Zufall will's, Tochterunternehmen der CA und der Länderbank.

Auch der in Nagymaros produzierte Strom wird nach Österreich fließen. Ungarn wird den Milliardenkredit nämlich nicht mit Geld, sondern mit Strom zurückzahlen.

Österreich erhält ab der geplanten Inbetriebnahme 1996 für die Dauer von 20 Jahren jährlich 1,2 Mrd. kWh Strom aus Ungarn. Das ist sogar um 20 Prozent mehr, als das ganze Kraftwerk Nagymaros erzeugt (siehe "trend" 5/86). Nebenbei: Ein guter Teil zumindest dieser 20 Prozent wird voraussichtlich Atomstrom aus ungarischen AKWs für das "atomfreie" Österreich sein!

Für Ungarn ergibt sich aus Nagymaros wirtschaftlich somit jedenfalls für sehr lange Zeit eine reine Negativbilanz, ergänzt um massive ökologische Gefahren und Schäden. In den Vertragsbedingungen wurden selbst jene Umweltauflagen für die projektierenden und bauenden Unternehmen "vergessen", wie sie für Österreich erforderlich wären!

Was kümmert's das österreichische Finanzkapital. Hauptsache, die Kasse klingelt. Es läßt sich unschwer erraten, welche Profite aus dem Projekt herausgeholt werden.

Man bedenke nur, was angesichts der monopolkapitalistischen Strompreispolitik in Österreich aus den ungarischen Stromlieferungen in den 20 Jahren der "Rückzahlung" herauspringen dürfte.

Einen hübschen Gewinn machen die CA und die Länderbank allerdings bereits mit der

Vertragsschließung:

"Allein die Gebühren des Kreditvertrages werden von Konkurrenten auf eineinhalb Prozent der Vertragssumme geschätzt. Macht rund hundert Millionen Schilling auf der Habenseite der zwei Banken." (Wochenpresse, 28/1986, S.23)

Auch die österreichischen Baufirmen und Ausrüster dürften nicht zu kurz kommen. Sie haben sich gleich die fettesten Brocken gesichert:

"Tendenziell dürften die Arbeiten mit höherer Wertschöpfung an hiesige Firmen vergeben werden. Ein lockendes mildes Lüfterl..." ("trend", 5/86, S.307).

Die österreichischen Monopolherren sichern sich also gegenüber ihren ungarischen "Partnern" von vornherein die besonders profitablen Projektanteile.

Das Projekt Nagymaros ist dabei für das österreichische Finanzkapital völlig risikofrei! Die österreichischen Steuerzahler haften nämlich nicht nur für die komplizierte Kreditfinanzierung des Donaukraftwerksprojekts in Höhe von 10 Milliarden Schilling. Der österreichische Staat übernahm auch eine Erfüllungsgarantie für sämtliche "Leistungen" der heimischen Baufirmen! (Siehe "Wochenpresse" 28/86, S.28).

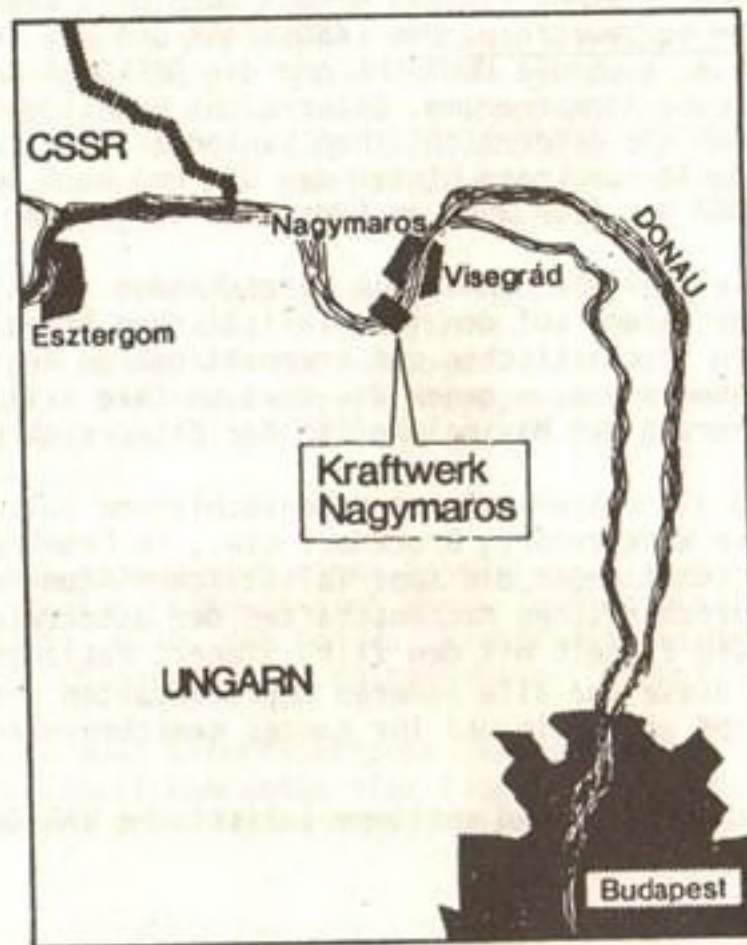
Bezeichnend ist auch, wie das politisch durchgesetzt wurde. Es hat sich daran wieder einmal deutlich gezeigt, daß die wirkliche Macht im Staate hinter den Kulissen des Parlaments in den Händen der Magnaten des Finanzkapitals liegt. Die "Beschlüßfassung" zur Haftungsübernahme spielte sich so ab:

"Diesem rot-blauen Votum war keine Begutachtung des Gesetzes vorangegangen.

Die Volksvertreter (gemeint sind die Volkszertreter, AdV) durften in keinem Parlamentsausschuß auch nur Fragen zur Novelle des Energieanleihegesetzes stellen. Nicht einmal ein Regierungsbeschuß war diesem Coup vorangegangen.

Durch einen Initiativantrag der Abgeordneten Kurt Mühlbacher und Hermann Eigruber* zwang die Regierungskoalition das Gesetzeswerk auf die Tagesordnung des Parlaments. Im Windschatten der Wirtschaftserklärung des Ex-Verstaatlichtenministers und jetzigen Finanzministers

* Eigruber ist übrigens der Sohn des nach 1945 hingerichteten Nazi-"Gauleiter" von Oberösterreich. Eigruber betätigt sich äußerst engagiert bei der Reinwaschung der Verbrechen des Hitlerfaschismus. (Anmerkung der RF-Redaktion)



Ferdinand Lacina mußten die Mehrheitsfraktionen sogar mit einem Fristsetzungsantrag operieren, um 'Schluß der Debatte' zu erzwingen." ("Wochenpresse", Nr.28/86, S.21)

Allerdings war das auch der ÖVP ganz recht. Diese stimmte im Parlament zwar dagegen. Zugleich erklärte sie jedoch, daß sie im Bundesrat die Kredithaftung nicht beeinträchtigen will, damit einer möglichst raschen Abwicklung des Geschäfts nicht im Wege stehe. Die Zeit, will sagen: das Monopolkapital drängt...

Das unter der Hegemonie der CA und der Länderbank stehende Kraftwerksprojekt in Ungarn ist wirklich ein anschauliches Illustrationsmaterial für das, was Lenin bei der Charakterisierung des Wesens des Imperialismus über die Rolle der Banken gesagt hat:

"Das Monopol ist aus den Banken erwachsen. Diese haben sich aus bescheidenen Vermittlungsunternehmungen zu Monopolisten des Finanzkapitals gewandelt. Drei bis fünf Großbanken einer beliebigen der kapitalistisch fortgeschrittensten Nationen haben zwischen Industrie- und Bankkapital eine 'Personalunion' hergestellt und in ihrer Hand die Verfügungsgewalt über Milliarden und aber Milliarden konzentriert, die den größten Teil der Kapitalien und der Geldeinkünfte des ganzen Landes ausmachen. Eine Finanzoligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über nahezu alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürger-

lichen Gesellschaft spannt - das ist die krasseste Erscheinungsform dieses Monopols." (Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", LW 22, S.304/305, 1916)

*

Nagymaros trägt klar die Züge eines imperialistischen Projekts des österreichischen Finanzkapitals. Es erinnert fast an bestimmte neokolonialistische Staudambauten in den vom Imperialismus abhängigen Ländern.

Allerdings gehören zu einem schmutzigen Geschäft immer mindestens zwei. Ohne die Mitwirkung und Komplizenschaft der heutigen Machthaber in Ungarn wäre Nagymaros selbstverständlich nicht denkbar.

Nagymaros entspricht voll und ganz der von den ungarischen Revisionisten seit Jahren und Jahrzehnten betriebenen Politik des kapitalistischen Ausverkaufs. Sie haben in diesem Land schon längst sämtliche sozialistischen Ansatzpunkte und Errungenschaften ruiniert und liquidiert. Übriggeblieben sind lediglich einige pseudo-"sozialistische" Hüllen, welche eine neue Profitwirtschaft umhüllen.

Ungarn befindet sich heute in einer tiefen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit von den russischen Sozialimperialisten. Diese plündern das Land besonders im Rahmen des "RGW" und der "internationalen Arbeitsteilung" aus. Nagymaros läßt sich nur im Zusammenhang mit der ganzen Energiepolitik der "RGW"-Staaten unter der Patronanz der SU verstehen. Dieses Donau-Kraftwerk steht im direkten "Verbund" mit der CSSR, welche gemeinsam mit Ungarn - und beide wiederum mit der Assistenz Österreichs - unterhalb von Bratislava riesige Donaukraftwerke errichten - direkt auf Kosten der ungarischen Werktätigen.

Nagymaros zeigt aber gerade auch, daß Ungarn nicht nur vom heutigen imperialistischen Rußland abhängig ist, das schon längst die sozialistische Außenpolitik der UdSSR Lenins und Stalins durch eine rein imperialistische Hegemonialpolitik ersetzt hat. Z.B. kaufen die russischen Sozialimperialisten Erdgas aus Afghanistan zu lediglich 40 % des Weltmarktpreises ein, während sie es viel teurer weiterverkaufen.

Die Politik der revisionistischen Machthaber in Ungarn hat auch dazu geführt, daß die Tore des Landes sperrangelweit für die westlichen Imperialisten geöffnet wurden. Denen werden dort günstigste "Bedingungen"

für ihre Profitmaximierung geboten (u.a. durch sogenannte "joint ventures", durch steuerliche Begünstigungen usw.). Multis wie IBM fühlen sich in Ungarn wie zuhause und absolut nicht "beengt". Diese Ausverkaufspolitik ermöglichte es insbesondere auch dem österreichischen Monopolkapital, sich immer tiefer in Ungarn festzukrallen. In manchen Bereichen ist es ihm bereits gelungen, sich eine regelrechte Monopolstellung zu sichern (so eben im Kraftwerksbau, aber z.B. auch bei Fremdenverkehrsbauten).

Die österreichischen Bankiers und Industriellen haben allen Grund, sich über diesen "Frühling" zu freuen. In der Tat haben die österreichischen Imperialisten niemals ihre hegemonistischen Ambitionen im "Donauraum" aufgegeben. Nach 1945 richtete sich der konterrevolutionäre Haß der Herrschenden in Österreich gegen die "stalinistische Entwicklung" in Ungarn und in der CSSR. Denn die damals dort vom Proletariat geführte volksdemokratische Entwicklung bedeutete zugleich, daß diese Länder keine "Einflußsphäre" des österreichischen Finanzkapitals sein konnten. Der Machtantritt des modernen Revisionismus dort, der direkt und indirekt auch von den Reaktionen in Österreich gefördert und unterstützt wurde, bedeutete die Wiederherstellung ausbeuterischer Verhältnisse. Das erst ermöglichte es dem österreichischen Monopolkapital, auch in diesen Ländern auf dem Weg der imperialistischen Durchdringung und Expansion fortzufahren.

Nur die Nutznießer und Schmarotzer des "Osthandels" wie die Muhri-Revisionisten* können den Nagymaros-Schacher bejubeln. Dagegen erklären wir mit aller Entschiedenheit, daß der Protest und der Kampf gegen dieses Projekt, das auf dem Rücken und auf Kosten der arbeitenden Menschen hier und dort durchgezogen werden soll, berechtigt und notwendig ist. Hierzulande müssen dabei vor allem die schmutzigen Machenschaften der "eigenen" imperialistischen Bourgeoisie aufs Korn genommen werden!

* Die "KPÖ"-Bonzen halten ganze Teile des "Osthandels" in ihren Händen und haben z.B. den Kohlehandel mit Polen weitgehend monopolisiert. Aus dieser materiellen "Interessiertheit" ergibt sich auch, daß diese rosaroten Kapitalisten überhaupt die eifrigsten Lohndrücker von Österreichs wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistisch-revisionistischen Ländern sind. Sie sind zugleich Agenten der herrschenden Klasse in Österreich in der Arbeiterbewegung als auch Mittelsmänner der russischen Sozialimperialisten und der anderen revisionistischen Machthaber.

Die RF ist ausführlich auf das kapitalistische Wirtschaftsimperium der "KPÖ" eingegangen in der Artikelserie "DER KAPITALISTISCHE KPÖ-KONZERN - EINE EITERBEULE", abgedruckt im Sammelband "Dokumente des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus 1963-1971".

DIE KONTERREVOLUTIONAREN "LEHREN" DER HERRSCHENDEN AUS HAINBURG

Nicht wenige, die sich gegen die WAA Wackersdorf engagieren, glauben, daß die Verhältnisse hier in Österreich angeblich doch "ganz anders" liegen würden. Aber bereits die Reaktion der Herrschenden hierzulande auf die Au-Besetzung zeigt, daß das keineswegs der Fall ist. Die nachfolgenden Fakten sollten wirklich zu denken geben.

Im Juni 1985 erschien in der großbürgerlichen Zeitung "Die Presse" ein Artikel mit der Überschrift: "Die Lehren aus Hainburg" ("Die Presse", 1.2.6.1985). Darin wird mitgeteilt, daß die Untersuchung des Innenministeriums über die "Vorfälle um die Besetzung der Stopfenreuther Au und das geplante Kraftwerk Hainburg" nunmehr abgeschlossen seien.

Wie kaum anders zu erwarten, wurden sogenannte "Übeltäter" unter den prügelnden Polizisten nicht ausgeforscht. Kein Wunder, taten die tretenden und schlagenden Polizisten im Auftrag der herrschenden Klasse nur ihre "Pflicht", wofür ihnen der Innenminister ausdrücklich dankte.

Allerdings wird ein "Forderungskatalog" vorgestellt, der "bei zukünftigen Einsätzen ähnlichen Ausmaßes ein effizienteres und 'friktionsfreieres Vorgehen' ermöglichen soll":

"Eine bessere psychologische Schulung der Beamten, Schaffung zusätzlicher Dienstposten, eine Verbesserung der materiellen Ausrüstung - etwa bei den Absperr- und Funkgeräten - seien die vordringlichsten Vorhaben, erklärte Innenminister Blecha." ("Die Presse", 1./2.6.1986)

Gesagt, getan. Über die sogleich in Angriff genommene "bessere psychologische Schulung der Beamten"* berichtet die Zeitung "Die Exekutive" der "Kameradschaft der Exekutive Österreichs im ÖAAB" unter der bezeichnenden Überschrift: "Nach Hainburg: Ausbildung für Ernstfall":

"Es wurde gar nicht bestritten, daß das Debakel in den Auen von Hainburg vom vergangenen Winter der Anlaß war, als im Gendarmerieeinsatzkommando 21 Gendarmerieoffiziere aus acht Bundesländern zu einem Seminar zusammengezogen wurden, auf dem sie für die Leitung regionaler Einsatzgruppen auf dem Sektor des Ordnungsdienstes geschult werden sollten. Fünf Tage lang hörten die Offiziere Vorträge über ein taktisch richtiges und psychologisch gut abgewogenes Vorgehen gegen Demonstranten.

So sprach der Psychologe Eduard Bieler von der Stadtpolizei Zürich über die Erfahrungen, die man in dieser Stadt während der schweren Jugendkrawalle gemacht hatte. Er schilderte, wie rasch aus einer Menschenmenge durch Agitation und Aufputschung, aber auch durch ein ungeschicktes Verhalten von Polizisten eine feindliche Masse werden kann. Er führte dann aus, welche Maßnahmen die schweizerische Polizei getroffen hat, um - aus den bitteren Erfahrungen lernend - wirkungsvoll gegen aus-

* Damit wird übrigens genau dem entsprochen, was auch die staatstreue "KPÖ" im Dezember 1984 forderte. In der "Volksstimme" vom 20.12.1984 wird bemängelt, daß Blecha nicht "ausschließlich reife Beamte" gegen die Au-Besetzer mobilisierte. (Vgl. dazu ausführlich den Artikel: "Die 'KPÖ' und die Au - wieder mal zum Speien" in der RF 214 "Lehrstück 'Hainburger Au'").

ufernde Demonstrationen vorzugehen." ("Die Exekutive")

Bei der Psychologie läßt man es jedoch nicht bewenden. Der solcherart "geschulte" Polizist muß auch die entsprechende materielle Ausrüstung erhalten. Sechs Monate später kann das Polizeiblatt auch schon triumphierend verkünden:

"Ein Jahr nach Hainburg: Exekutive soll endlich schlagkräftiger werden!" ("Die Exekutive", Jänner 1986).

Wir faksimilieren darüber die ganze Passage aus der Zeitung:

"Ein Jahr nach Hainburg" hat Innenminister Karl Blecha die Konsequenzen gezogen. Seine Reaktion auf die Überlegungen, die sich damals ergeben hatten: Ausrüstung der Exekutive, vor allem der Bundesgendarmerie, mit all jenen technischen Mitteln, die sie in die Situation versetzen, bei Demonstrationen die Lage in der Hand zu behalten. Blecha: "Dabei geht es nicht um aggressive, sondern um rein passive Vorbeugungen, die eine direkte, hautnahe Konfrontation zwischen Protestierenden und Gendarmerie beziehungsweise Polizei verhindern".

Was Blecha in diesem Zusammenhang aufgelistet hat, ist aufsehenerregend:

- Beschaffung von tausend deutschen Schutzschildern, wie sie von der Polizei in der Bundesrepublik verwendet werden, bestehend aus durchsichtiger, kniebedeckender Glasfaser, die nicht nur die Sicht auf Demonstranten gewährleistet, sondern auch Angriffe mit Farbtöpfen oder Säuren abwehrt;
- tausend Schutzhelme mit Visier, die Gesichtsverletzungen verhindern sollen;
- hundert Schutzwesten zur Vermeidung von Körperverletzungen durch Wurfgeschosse;
- 45 Geländewagen;
- 25 Relais und fünfzig Mobilfunkgeräte sowie
- 55 Motorräder.

Wieviel der Innenminister dafür auszugeben hat oder noch auszugeben gedenkt, weiß er ganz genau. Es sind rund 28 Millionen Schilling, die er aus dem heurigen Budget einspart hat.

Doch das ist bei weitem nicht alles, um künftige Auseinandersetzungen aufzufangen, das Innenministerium hat sich auch den Kopf über die Versorgung der eingesetzten Gendarmerie- und Polizeimannschaften zerbrochen.

- In Wien für die Alarmabteilung, in den Bundesländern bei allen größeren Polizeidirektionen ist ständig Kaltverpflegung parat, ebenso rund um die Uhr können warme Portionen ausgeteilt werden.

Außerdem wurde in Wien die Sicherheitswache reorganisiert: 18 Reservekompanien können jederzeit aufgestellt und auf diese Weise 2.463 Beamte mobilisiert werden, zur Verstärkung der Alarmabteilung, die dann nur in besonderen Fällen eingesetzt werden muß.

Wenn der Innenminister noch auf die Beschaffung von Stacheldrahtbandrollen - alle diese Geräte sind in der Rennwegkaserne gelagert und können auf raschestem Wege an Brennpunkte innerhalb Österreichs transportiert werden - hinweist, setzt er eines hinzu:

Diese technischen Mittel seien einzig und allein aufgrund der „Lehre von Hainburg“ besorgt worden, um direkte Konfrontationen zu vermeiden. Also Auseinandersetzungen, die zu Aggressionen zwischen Demonstranten und Exekutivorganen führen und Schlagstockeinsätze zur Folge haben könnten.

Das Ziel dieser Ausrüstungsmaßnahmen ist laut Blecha, "direkte Konfrontationen zu vermeiden". Das darf auf keinen Fall als Plädoyer für polizeiliche Sanftmut und Milde aufgefaßt werden. Ganz im Gegenteil! Die staatlichen Unterdrückungsorgane sollen vielmehr noch wirksamer in die Lage versetzt werden, Massenproteste und Widerstandsaktionen unwirksam zu machen und zu ersticken! Das soll zum Beispiel durch "Stacheldrahtbandrollen" geschehen. Das ist nichts anderes als der berühmte NATO-Stacheldraht. Wer sich in diesem rasiermesserscharfen Drahtverhau verfangt, wird sofort schwer verletzt, womöglich sogar lebensgefährlich.

Um das zu veranschaulichen: Im Falle einer Rodung der Stopfenreuther Au würde das "gefährdete" Gelände mit derartigem mörderischen Stacheldraht abgesperrt. Dahinter würden die mit "tausend deutschen Schutzschildern" neu ausgerüsteten Polizisten postiert - erinnert das nicht schon verblüffend an den "Bauzaun" von Wackersdorf, der mit solchem NATO-Draht "gekrönt" ist ???!

Blecha und Konsorten erklären, daß

sie angeblich nicht so weit gehen würden wie in Wackersdorf:

"Blecha, Sicherheits-'General' Danzinger und Schulungsexperte Schimek waren sich einig, daß auf eine Bereitschaftspolizei, Wasserwerfer und neue chemische Reizstoffe nach ausländischem Vorbild (!) verzichtet werden könne."

("Die Presse", 1./2.6.1986)

Warum? Ganz einfach, sie halten das momentan in Österreich nicht für nötig, noch nicht für nötig.* Allein deshalb, keineswegs aber wegen irgendwelchen "humanitären" Gründen "verzichten" sie zeitweilig darauf. Außerdem wird ausdrücklich auch bekräftigt, daß die staatliche Unterdrückungsmaschinerie in der gegenwärtigen Situation auch ohne das über genügend Schlagkraft verfüge:

"Mit der bereits erfolgten Aufstellung von Mobilien Einsatzkommandos (MEKs) in den Landeshauptstädten und der Schaffung solcher Einheiten auch im Bereich der anderen Bundespolizeidirektionen und der Landesgendarmierkommanden sei bereits eine speziell geschulte Einsatzreserve gegeben, die bei Ausschreitungen jeglicher Art zum Tragen kommen werde."

("Die Presse", 1.2.6.1985)

*

Die Herrschenden in Österreich haben also tatsächlich aus Hainburg "gelernt", allerdings in einem ganz anderen Sinne, als sich das manche vorstellen. Ihre "Lehren"

* Auf die Aufstellung einer Reitereinheit wird verzichtet, weil dies "unliebsame Reminiszenzen an die Zwischenkriegszeit zur Folge hätte" ("Die Exekutive", Juli/August 1986). Sie befürchten offensichtlich, daß dies besonders bei den Menschen, welche diese Zeit noch miterlebten, als Alarmsignal wirken könnte, daß die 2. Republik nicht wesentlich von der 1. Republik unterscheidet. Solche "unliebsamen Reminiszenzen" gibt es bei Computer-Ausrüstung der Polizei, bei modernster Bewaffnung allerdings nicht. Dafür ist das alles weit wirksamer und erfüllt die gleiche Funktion. Ihnen geht es lediglich darum, die Realität zu verschleiern: der Staat der 2. Republik ist nicht minder arbeiterfeindlich und konterrevolutionär wie der der "Zwischenkriegszeit"!

bestehen in der Perfektionierung ihres konterrevolutionären Gewaltapparats zur Niederhaltung jedes Widerstands. Sie wissen sehr wohl, daß sich die Arbeiterklasse ihre Ausbeutung und Unterdrückung auf die Dauer nicht gefallen lassen kann. Doch zu keiner Zeit und in keinem Land haben sich die herrschenden Klassen ihr Ausbeuterparadies widerstandslos nehmen lassen, haben sie friedlich zugesehen, wie sie entmachteten werden, sondern immer und überall haben sie zur Erhaltung und Sicherung ihrer Herrschaft rücksichtslos das eingesetzt, was sie genau zu diesem Zweck über alle Jahre hinweg sorgsam züchten, pflegen und ausbauen: **H e e r , P o l i z e i , J u s t i z** usw.

Anders gesagt, bestätigt das, daß es keinen "friedlichen Weg zum Sozialismus", keinen Weg der friedlichen und freundlichen Umgestaltungen und Reformen bis zu diesem Ziel hin gibt, sondern nur den Weg der proletarischen Revolution.

Lest und studiert:



44 Seiten 6S 15,-

Zur Demonstration am 15.5.1986 in Wien:

»TOLERANZ« GEGENÜBER ZILK UND BUSEK?

Mehr als 10.000 Menschen kamen am 15. Mai 1986 zur Demonstration gegen Tschernobyl und Wackersdorf. Vertreten waren die unterschiedlichsten politischen Richtungen und Gruppen.*

Schon zuvor war der Auftritt von Wiens SP-Bürgermeister Zilk in den bürgerlichen Medien angekündigt worden.

Tatsächlich trat nach Frau Meissner-Blau dann auch Zilk ans Mikrofon. Doch er konnte faktisch nicht sprechen! Seine Worte gingen unter in einem schrillen Pfeifkonzert. Auch ein Ei flog in seine Richtung. Dieser Empfang Zilks war völlig richtig!

Viele der Demonstranten hatten offensichtlich nicht vergessen, daß Zilk eben zu jener Partei gehört, die bis vor kurzem mit allen Mitteln Zwentendorf aufsperrn wollte. Sie empfanden es zu recht als Provokation, daß sich so einer nun hinstellte, um sich als Anti-Atom-Apostel auszugeben.

Dann allerdings kam rasch die "Rettung" für den Wiener Bürgermeister in Form der Meissner-Blau. Die ach so grüne Präsidentschaftskandidatin stellte sich schützend vor Zilk und richtete einen flammenden Appell an die protestierenden Demonstranten, sie mögen doch "fair" sein und Zilk eine Chance geben, sie müßten doch erstmal anhören, was er zu sagen habe. Damit erreichte Meissner-Blau genau das, was Zilk wollte und brauchte. Viele derer, die zuerst ihren Unmut lautstark kundtaten, waren jetzt verunsichert durch die Worte von Frau

* Allerdings waren diesmal die "KPÖ-Revisionisten" bei der Demonstration nicht dabei. Sie zogen es vor, am Rande der Demonstration einige Flugblätter zu verteilen, deren politischer Kern - auftragsgemäß - die schamlose Bagatellisierung der furchtbaren Katastrophe von Tschernobyl ist.

Meissner-Blau, die bei ihnen eine erhebliche Autorität besitzt. Diesen Einfluß hat die "grüne" Kandidatin ausgenutzt, um Zilk Gehör zu verschaffen. Nun ja, mag Frau Meissner-Blau formal im Frühjahr 1986 auch die SPÖ verlassen haben. An diesem 15.5. zeigte sich eindeutig, daß ihr Herz weiter für die reaktionäre Sozialdemokratie schlägt.

Unter den Demonstranten gab es heftige Debatten, ob es richtig sei, Zilk reden zu lassen oder nicht. Und da zeigte sich, daß die vielfache spontane Ablehnung Zilks, die sich im Pfeifkonzert ausdrückte, durch die demagogische Intervention der Blaumeise ins Wanken geraten und nicht durchgehalten worden ist. In den Diskussionen darüber konnte man gegen ein Auftreten Zilks unter anderem hören:

- "Fair"? "Demokratisch"? Was ist fair und demokratisch daran, wenn die Veranstalter einem selbstherrlich einen Repräsentanten der österreichischen Atom-Mafia vorsetzen, der genau das vertritt, wogegen sich die Anti-Atom-Bewegung jahrelang gerichtet, was sie bekämpft hat?

- Was ist "fair" daran, wenn wir hier eben jenen Zilk reden lassen sollen, der hinter sich die Polizei und andere Unterdrückungskräfte hat, die er befiehlt in Wien, und die bereits in den Seitengassen lauern, um über die Demonstration herzufallen, wenn der Protest nicht ganz in den Bahnen läuft, die für die Herrschenden hier annehmbar sind, bzw. wo sie nicht sogar noch Kapital für sich ausschlagen können?

Von Seiten derjenigen, die meinten, daß Zilk sprechen sollte, wurde angeführt, daß es doch immerhin positiv sei, wenn jemand

wie Zilk anfangs, "umzudenken", bzw. sich gezwungen sieht, öffentlich davon abzurücken, was er bis vor kurzem befürwortete.

Hier wird völlig übersehen, daß so gewiefte Politiker wie Zilk und Busek, lediglich die Gunst der Stunde nutzen, um die Spuren zu verwischen.

Soll man diesen Leuten nochmals eine "Chance" geben? Nein, niemals! Sie sind ja in Wirklichkeit schon längst ihrer Verbrehen überführt, sie sind eingefleischte Reaktionäre, Sachwalter des Finanzkapitals. Sie haben sich nicht geändert und werden sich auch niemals ändern.

Hat nicht auch ein F.J. Strauß nach dem 2. Weltkrieg erklärt: Jedem Deutschen, der noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen?! War und ist dieser Strauß nicht einer der schlimmsten Militaristen? Diese Typen äußern scheinbar fortschrittliche oder gar "revolutionäre" Dinge lediglich zur Irreführung der Volksmassen, um in Situationen, die für sie kritisch sind, möglichst schadlos über die Runden zu kommen.

Damit ihr reaktionärer Schmäb aber überhaupt ankommen kann, sind sie auf Leute wie die Meissner-Blau angewiesen, welche ihnen die Bahn frei machen und jenes "Bindeglied" zu den Massen darstellen, das sie dafür brauchen.

Zu diesen "Bindegliedern" gehören übrigens auch jene Leute in den WAA-Gruppen in Wien und anderswo, die Zilk und Busek überhaupt erst zur Demonstration eingeladen haben, jene, die auch Steger und Grabher-Meyer nach Burglengenfeld gebeten haben und alles tun, um die "nationale Einheit" gegen die WAA und gegen Tschernobyl herzustellen.

Soll man Leuten wie Zilk, Busek oder Steger "verzeihen", soll man ihnen abnehmen, daß sie "umdenken"? Soll man ihnen eine "neue

Chance" geben und mit ihnen paktieren? Diese Fragen werden sich in einem gigantisch vergrößerten Maßstab stellen, wenn die Arbeiter unmittelbar vor der praktischen Aufgabe des Sturzes des Kapitalismus stehen werden.

Dann stellt sich nämlich unausweichlich die Frage: Muß über die Kapitalisten und alle Reaktionäre die revolutionäre Diktatur des Proletariats ausgeübt werden, müssen alle ihre militärischen, politischen und ideologischen Versuche, ihr verlorenes Ausbeuterparadies wiederherzustellen, erbarmungslos unterdrückt werden (während für die Volksmassen die proletarische Demokratie entfaltet wird) oder soll man dulden, daß die gestürzten Ausbeuter ihre Kräfte zusammenziehen, die Konterrevolution organisieren, um ihre reaktionäre Macht über die werktätigen Massen wiederaufzurichten?

Was sich am 15.5.1986 "im kleinen" gezeigt hat, nämlich daß sich Leute wie Meissner-Blau mit Phrasen von "Fairness" und "Demokratie" auf den Lippen schützend vor Reaktionäre wie Zilk stellen, hat sich "im großen" in der Geschichte immer wieder verhängnisvoll gezeigt: Paktierer und Paktiererparteien lähmen in den entscheidenden Momenten des revolutionären Handelns das Proletariat mit ihrem Geschwätz von der "reinen Demokratie", in deren Namen man den Kapitalisten und ihren Kreaturen angeblich kein Haar krümmen dürfe. So machte es auch die verräterische österreichische Sozialdemokratie 1918/19, die im Namen der "Demokratie" die Macht der Kapitalisten rettete und dem Proletariat weiterhin Ausbeutung und Unterdrückung aufzwang.

Der unerbittliche Kampf zur Entlarvung aller Versöhner und Paktierer ist absolut notwendig und darf unter keinerlei Vorwänden abgeschwächt werden. Von höchster Aktualität sind die Worte Lenins:

"Jede Inkonzsequenz oder Schwäche bei der Entlarvung derjenigen, die sich als Reformisten oder 'Zentristen' erweisen, vergrößert direkt die Gefahr eines Sturzes der proletarischen Staatsmacht durch die Bourgeoisie, die morgen für die Konterrevolution das ausnutzen wird, was heute kurzsichtigen Leuten nur eine 'theoretische Meinungsverschiedenheit' zu sein scheint..."

Was vor dem Siege des Proletariats nur eine theoretische Meinungsverschiedenheit über die Frage der 'Demokratie' zu

sein scheint, wird morgen, nach dem Siege, unvermeidlich zu einer Frage, die durch Waffengewalt entschieden wird. Folglich ist es ohne radikale Veränderung des ganzen Charakters des Kampfes gegen die 'Zentristen' und die 'Verteidiger der Demokratie' unmöglich, mit der Vorbereitung der Massen auf die zu verwirklichende Diktatur des Proletariats auch nur den Anfang zu machen."

(Lenin, "Thesen über die Hauptaufgaben der 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale, 1920, LW 31, S.178/179)

GIBT ES EINE "REINE DEMOKRATIE" ?

LENIN ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

KANN ES GLEICHHEIT ZWISCHEN DEM AUSGEBEUTETEN UND DEM AUSBEUTER GEBEN?

Kautsky argumentiert folgendermaßen:

1. „Die Ausbeuter bildeten stets nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung“ (S. 14 der Kautskyschen Broschüre).

Das ist eine unbestreitbare Wahrheit. Wie muß man nun, von dieser Wahrheit ausgehend, argumentieren? Man kann als Marxist, als Sozialist argumentieren; dann muß man das Verhältnis zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern zugrunde legen. Man kann als Liberaler, als bürgerlicher Demokrat argumentieren; dann muß man das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit zugrunde legen.

Argumentiert man als Marxist, so muß man sagen: Die Ausbeuter verwandeln den Staat (die Rede ist hier von der Demokratie, das heißt von einer der Staatsformen) unweigerlich in ein Werkzeug der Herrschaft ihrer Klasse, der Ausbeuter über die Ausgebeuteten. Darum wird auch der demokratische Staat, solange es Ausbeuter gibt, die über die ausgebeutete Mehrheit herrschen, unvermeidlich eine Demokratie für die Ausbeuter sein. Der Staat der Ausgebeuteten muß sich von einem solchen Staat von Grund aus unterscheiden, er muß eine Demokratie für die Ausgebeuteten und Unterdrückung der Ausbeuter sein, die Unterdrückung einer Klasse bedeutet aber, daß diese Klasse nicht gleichberechtigt ist, daß sie aus der „Demokratie“ ausgeschaltet wird.

Argumentiert man als Liberaler, so wird man sagen müssen: Die Mehrheit entscheidet, die Minderheit hat sich zu fügen. Wer sich nicht fügt, wird bestraft. Das ist alles. Von einem Klassencharakter des Staates im allgemeinen und einer „reinen Demokratie“ im besonderen zu sprechen ist überflüssig; das gehört nicht zur Sache, denn Mehrheit ist Mehrheit und Minderheit ist Minderheit: ein Pfund Fleisch ist ein Pfund Fleisch und damit basta.

Genauso argumentiert Kautsky:

2. „Aus welchen Gründen soll nun die Herrschaft des Proletariats eine Form annehmen und annehmen müssen, die unvereinbar ist mit der Demokratie?“ (S. 21.) Es folgt die Erläuterung, daß das Proletariat die Mehrheit auf seiner Seite habe, eine sehr umständliche und wortreiche Erläuterung, sowohl mit einem Zitat aus Marx als auch mit Wahlziffern der Pariser Kommune. Schlußfolgerung: „Ein Regime, das so sehr in den Massen wurzelt, hat nicht die mindeste Veranlassung, die Demokratie anzutasten. Es wird sich nicht immer von Gewalttätigkeiten freihalten

können, in Fällen, wenn Gewalttat geübt wird, um die Demokratie zu unterdrücken. Der Gewalt kann man nur mit Gewalt begegnen. Aber ein Regime, das die Massen hinter sich weiß, wird die Gewalt nur anwenden, um die Demokratie zu schützen, und nicht, um sie aufzuheben. Es würde geradezu Selbstmord üben, wollte es seine sicherste Grundlage beseitigen, das allgemeine Stimmrecht, eine starke Quelle gewaltiger moralischer Autorität.“ (S. 22.)

Man sieht, das Verhältnis zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern ist aus der Argumentation Kautskys verschwunden. Geblieben ist nur eine Mehrheit überhaupt, eine Minderheit überhaupt, eine Demokratie überhaupt, die uns bereits bekannte „reine Demokratie“.

Wohlmerkt, das wird im Zusammenhang mit der Pariser Kommune gesagt! Zitieren wir doch der Anschaulichkeit halber, was Marx und Engels im Zusammenhang mit der Kommune über die Diktatur gesagt haben:

Marx: „... wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, ... um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form ...“

Engels: „... die Partei, die“ (in der Revolution) „gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten. Und hätte sich die Pariser Kommune nicht der Autorität eines bewaffneten Volkes gegen die Bourgeoisie bedient, hätte sie sich länger als einen Tag behauptet? Können wir sie nicht umgekehrt tadeln, daß sie sich zu wenig dieser Autorität bedient habe?“

Derselbe: „Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

Zwischen Kautsky und Marx und Engels liegt eine Entfernung wie zwischen Himmel und Erde, wie zwischen einem Liberalen und einem proletarischen Revolutionär. Die reine Demokratie sowie einfach die „Demokratie“, von der Kautsky spricht, ist lediglich eine Neuauflage desselben „freien Volksstaates“, d. h. purer Unsinn. Kautsky fragt mit der Gelahrtheit eines übergelehrten Dummkopfes aus der Studierstube oder mit der Einfalt eines zehnjährigen Mädchens: Wozu wäre wohl eine Diktatur notwendig, wenn es eine Mehrheit gibt? Marx und Engels erläutern das:

- dazu, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen,
- dazu, um den Reaktionären Schrecken einzufloßen,
- dazu, um die Autorität des bewaffneten Volkes gegenüber der Bourgeoisie zu behaupten,
- dazu, daß das Proletariat seine Gegner gewaltsam niederhalten kann.

Kautsky begreift diese Erläuterungen nicht. In die „Reinheit“ der Demokratie verliebt, sieht er nicht ihr bürgerliches Wesen und besteht „konsequent“ darauf, daß die Mehrheit, da sie einmal Mehrheit ist, den „Widerstand“ der Minderheit nicht „zu brechen“, ihn nicht „gewaltsam niederzuhalten“ brauche – es genüge, die Fälle von Verstößen gegen die Demokratie zu unterdrücken. In die „Reinheit“ der Demokratie verliebt, begeht Kautsky *unversehens* denselben kleinen Fehler, den stets alle bürgerlichen Demokraten machen: er hält nämlich die formale Gleichheit (die im Kapitalismus durch und durch falsch und verlogen ist) für eine tatsächliche! Eine Bagatelle!

Der Ausbeuter kann nicht dem Ausgebeuteten gleich sein.

Diese Wahrheit, wie unangenehm sie Kautsky auch sein mag, bildet den wesentlichsten Inhalt des Sozialismus.

Eine andere Wahrheit: Eine wirkliche, tatsächliche Gleichheit kann es nicht geben, solange nicht jede Möglichkeit der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere völlig beseitigt ist.

Den Ausbeutern kann man bei einem gelungenen Aufstand im Zentrum oder bei einer Empörung des Heeres mit einem Schlag eine Niederlage bereiten. Aber abgesehen vielleicht von ganz seltenen und besonderen Fällen kann man die Ausbeuter nicht mit einem Schlag vernichten. Man kann nicht alle Gutsbesitzer und Kapitalisten eines halbwegs größeren Landes auf einmal expropriieren. Ferner, die Expropriation allein, als juristischer oder politischer Akt, entscheidet bei weitem nicht die Sache, denn es ist notwendig, die Gutsbesitzer und Kapitalisten tatsächlich abzusetzen und sie tatsächlich durch eine andere, von Arbeitern ausgeübte Verwaltung der Fabriken und Güter zu ersetzen. Es kann keine Gleichheit geben zwischen den Ausbeutern, die viele Generationen lang durch ihre Bildung, durch ein Leben in Reichtum und durch ihre Routine eine Sonderstellung einnahmen, und den Ausgebeuteten, die selbst in den fortgeschrittensten und demokratischsten bürgerlichen Republiken in ihrer Masse niedergedrückt, unwissend, ungebildet, verängstigt und zersplittert sind. Die Ausbeuter behalten noch lange Zeit nach dem Umsturz unvermeidlich eine Reihe gewaltiger tatsächlicher Vorteile: Es bleibt ihnen das Geld (die sofortige Abschaffung des Geldes ist unmöglich), es bleiben ihnen gewisse, oft bedeutende Mobilien, ferner Beziehungen, die Routine in der Organisation und Verwaltung, die Kenntnis aller „Geheimnisse“ (Gebrauche, Methoden, Mittel, Möglichkeiten) der Verwaltung, es bleibt ihnen die höhere Bildung, der enge Kontakt mit dem (bürgerlich lebenden und denkenden) leitenden technischen Personal, es bleibt ihnen die unvergleichlich größere Routine im Militärwesen (das ist sehr wichtig) und so weiter und so fort.

Wenn die Ausbeuter nur in einem Lande geschlagen sind – und das ist natürlich der typische Fall, denn eine gleichzeitige Revolution in einer Reihe von Ländern ist eine seltene Ausnahme –, so bleiben sie *doch stärker* als die Ausgebeuteten, denn die internationalen Verbindungen der Ausbeuter sind außerordentlich groß. Daß ein Teil der Ausgebeuteten aus den am wenigsten entwickelten Massen der mittleren Bauernschaft, der Handwerker u. a. m. den Ausbeutern Gefolgschaft leistet, daß er dazu fähig ist – das haben bisher alle Revolutionen, einschließlich der Kommune, gezeigt (denn unter den Versailler Truppen gab es auch Proletarier, was der höchst gelehrte Kautsky „vergessen“ hat).

Bei einer solchen Lage der Dinge anzunehmen, daß in einer auch nur einigermaßen tiefgreifenden und ernsthaften Revolution die Sache ganz einfach durch das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit entschieden wird, zeugt von größter Stupidität, ist das höchst einfältige Vorurteil eines Dutzendliberalen, ist *Betrug an den Massen*, eine bewußte Verheimlichung der offenkundigen geschichtlichen Wahrheit vor ihnen. Diese geschichtliche Wahrheit besteht darin, daß in jeder tiefgreifenden Revolution ein langer, hartnäckiger, verzweifelter Widerstand der Ausbeuter, die eine Reihe von Jahren hindurch große tatsächliche Vorteile gegenüber den Ausgebeuteten bewahren, die Regel ist. Niemals – es sei denn in der süßlichen Phantasie des süßlichen Dummkopfs Kautsky – werden sich die Ausbeuter den Beschlüssen der Mehrheit der Ausgebeuteten fügen, ohne in einem letzten, verzweiften Kampf, in einer Reihe von Kämpfen, ihre Vorteile auf die Probe gestellt zu haben.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration. Und nach der ersten ernsten Niederlage werfen sich die gestürzten Ausbeuter, die ihren Sturz nicht erwartet, an ihn nicht geglaubt, keinen Gedanken an ihn zugelassen haben, mit verzehnfachter Energie, mit rasender Leidenschaft, mit hundertfachem Haß in den Kampf für die Wiedererlangung des ihnen weggenommenen „Paradieses“, für ihre Familien, die ein so schönes Leben geführt haben und die jetzt von dem „gemeinen Pack“ zu Ruin und Elend (oder zu „gewöhnlicher“ Arbeit...) verurteilt werden. Und hinter den kapitalistischen Ausbeutern trottet die breite Masse des Kleinbürgertums einher, von dem Jahrzehnte geschichtlicher Erfahrungen in allen Ländern bezeugen, daß es schwankt und wankt, daß es heute dem Proletariat folgt, morgen vor den Schwierigkeiten der Umwälzung zurückschreckt, bei der ersten Niederlage oder halben Niederlage der Arbeiter in Panik gerät, die Nerven verliert, sich hin und her wirft, wehklagt, aus einem Lager in das andere überläuft... wie unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Und bei einer solchen Lage der Dinge, in der Epoche des verzweiften, verschärften Kampfes, da die Geschichte Fragen des Seins oder Nichtseins jahrhundert- und jahrtausendealter Privilegien auf die Tagesordnung setzt, von Mehrheit und Minderheit, von reiner Demokratie, von Gleichheit des Ausbeuteten mit dem Ausgebeuteten zu reden, zu behaupten, die Diktatur sei nicht nötig – welche bodenlose Borniertheit, welcher Abgrund von Philistertum gehört dazu!

Doch die Jahrzehnte eines relativ „friedlichen“ Kapitalismus, 1871 bis 1914, schufen in den sozialistischen Parteien, die sich dem Opportunismus anpassen, wahre Augiasställe des Philistertums, der Engstirnigkeit, des Renegatentums...

⁹⁸ Vgl. Karl Marx, „Der politische Indifferentismus“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1964, S. 300, 250.

⁹⁹ Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1964, S. 308, 250.

¹⁰⁰ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 7, 250.

W. I. Lenin

Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky

Lenin-Werke Bd. 28, S. 248–253.

IDEOLOGISCHE DEBATTE

- ★ ÜBER WESENSMERKMALE DER REVOLUTIONÄREN ERKENNTNIS
- ★ ZUR IDEOLOGIE DER GRÜNEN BEWEGUNG IN BEZUG AUF DIE RELIGIÖSE VERKLÄRUNG DER NATUR ALS "WERT AN SICH"

Den nachfolgenden Leserbrief eines Genossen aus Westdeutschland stellen wir den Lesern der RF ausdrücklich zur Diskussion. Denn darin werden über die konkrete Kritik an der RF 214 hinaus zwei sowohl aus aktueller als auch vor allem aus prinzipieller Sicht für unsere revolutionäre Aktivität, für unsere Propaganda und Agitation sehr wichtige Fragenkomplexe angesprochen. Wir würden uns freuen, wenn der Abdruck dieses Leserbriefs Anstoß für weitere Beiträge dazu wäre. – Die Redaktion –

★

Mit sehr großem Interesse haben wir hier in Westdeutschland Eure Nummer 214 gelesen und diskutiert. Wir möchten hier vor allem zu zwei Fragen Stellung nehmen, über die es notwendig ist, die Debatte zu führen:

- 1) Über revolutionäre Erkenntnis... Zerschlagung des alten Staatsapparates, Schaffung und Stärkung der Diktatur des Proletariats.
- 2) Zur Ideologie der Grünen Bewegung in Bezug auf die religiöse Verklärung der Natur als "Wert an sich".

Zu 1: Wesensmerkmale der revolutionären Erkenntnis

Der große unbestreitbare Verdienst dieser Nummer liegt ganz ohne Frage in der überzeugenden Darstellung einer wesentlichen revolutionären Erkenntnis: der Zerschlagung des alten Staatsapparates im bewaffneten Kampf. Dies ist ein sehr wichtiger grundlegender Bestandteil der revolutionären Erkenntnis. Dies mag auch in einer Rede, einem Flugblatt oder einem von mehreren Artikeln im Zentralorgan genügen. Aber im doch prinzipieller angelegten Abschnitt "Die in Hainburg gewonnenen Erfahrungen auf die Stufe der revolutionären Erkenntnis heben" wird in Bezug auf die grundlegende Aufgabe der Kommunisten, proletarisches Klassenbewußtsein, die Idee der Hegemonie des Proletariats, der Diktatur des Proletariats und der Ideen des Sozialismus

und Kommunismus in als nicht reaktionär angesehene Massenbewegungen hinzutragen, eine uns nicht richtig erscheinende Beschränkung auf die oben benannte unerläßliche und sehr wesentliche, aber eben nicht alle in wesentliche Frage (die revolutionäre Erkenntnis ausmacht) durchgeführt.

Es geht doch nicht nur darum, die eigenen Erfahrungen der Leute in der Hainburger-Au dazu zu benutzen, um zu erklären, daß der alte Staatsapparat zerschlagen werden muß. Es geht doch gerade im Zusammenhang damit darum, auch die positiven Ziele der Kommunisten zu erläutern, bewußt zu machen, wenigstens vorzustellen und die Diskussion darüber zu suchen.

Der mögliche Einwand, daß dies in einer Nummer eben nicht geht, überzeugt dann nicht, wenn es zu diesem Thema nur eine – also zentrale – Nummer gibt! Denn gerade in einer derart breiten und programmatischen Auseinandersetzung wie in der vorliegenden Nr. 214 wäre Raum und Gelegenheit gewesen, etwas über sozialistische Vorstellungen über Wirtschaft und Diktatur des Proletariats anzusprechen und grundsätzlicher auch über die Haltung der Kommunisten zur Natur Stellung zu nehmen.

All dies nicht als abstrakte Fragen, sondern eben anhand der Erfahrung der Au-Bewegung! Provozieren die Handlung

Studiert den Marxismus – Leninismus !

gen dieser Figuren des österreichischen Imperialismus bei vielen Teilnehmern der Hainburg-Bewegung (angesichts der dort gemachten Erfahrungen) nicht die Idee der Unterdrückung solcher Kreaturen als Schritt auf dem Weg zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats?

Müßte man dies nicht maximal ausnutzen, um gerade unser Ziel, Diktatur des Proletariats und Kommunismus maximal zu propagieren! Wir denken, daß das hauptsächlichste Problem bei der Aufgabe des Hineintragens revolutionärer Erkenntnis die richtige Beantwortung (auch bei der Propagierung des Bürgerkrieges) der Frage darstellt: Lohnt sich die Diktatur des Proletariats angesichts der Entartung in der Sowjetunion, China etc. überhaupt?

Diese Gedanken betreffen übrigens keinesfalls nur die "Hainburg"-RF, sondern es dreht sich dabei überhaupt um ein zentrales Problem in der Propaganda-Arbeit der drei Bruderorganisationen MLPÖ, GDS und WBK, das gründlich diskutiert werden müßte.

Zu 2: Die Grüne Ideologie und die Natur

Eine sehr wesentliche inhaltliche Frage im Kampf gegen die Ideologie der Grünen Bewegung - die sehr viel mehr mit der Propagierung unseres Zieles, des Sozialismus und Kommunismus zu tun hat - ist das Verhältnis der Kommunisten zur Natur.

Für die Kommunisten ist die Natur ja kein Mythos und erst recht nicht ein von Gott geschaffenes alles von selbst vernünftig regelndes in sich geschlossenes und unveränderbares System des "ökologischen Gleichgewichts".

Engels hat in "Dialektik der Natur" nachgewiesen, mit welcher Brutalität durch den Kampf der Gegensätze ein zeitweiliges "Gleichgewicht" etwa zwischen verschiedenen Tierarten etc. hergestellt wird, um schon im nächsten Moment durch neue Kämpfe und Zerstörungen neuen Entwicklungen Platz zu machen.

Die angebliche Idylle der von den Menschen unberührten Natur geht einher mit einer dem dialektischen Materialismus feindlich gesinnten, auf Religion hinauslaufenden Philosophie des Gleichgewichts und des Stillstandes.

Der Mensch als Teil der Natur wird im Kommunismus durch die Kenntnisse der Naturgesetze weitgehend im Interesse der Menschheit jede widersinnige Vorstellung eines Gegensatzes zwischen Mensch und Natur als angeblich zwei völlig getrennte Dinge begraben, die Natur in seinem Interesse nutzbar machen, um sie eben nicht zu beherrschen in jenem Sinne, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht (knechtet, Raubbau betreibt, bis aufs Blut auspreßt), sondern dadurch, daß ihre Gesetze nicht nur erkannt, sondern auch angewandt werden.

Dieses sich "eins fühlen" von Mensch und Natur im Kommunismus, von dem Engels in "Dialektik der Natur" (MEW 20, S.453) spricht, geht keinesfalls davon aus, daß die Menschen die Natur "in Ruhe lassen", sie unverändert lassen, von einer "Selbstregulierung" ausgehen etc.

Nein, es geht um eine Anwendung der Naturgesetze. Dies schließt gewaltige, gut überlegte und durchdachte Veränderungen der Natur, im Interesse der Menschen ein. Die bewußte Produktion als ein Merkmal der Menschen im Unterschied zu den Tieren schließt ja gerade die bewußte Veränderung der Natur ein.

Die Vorstellung des "Naturschutzes" und "Umweltschutzes" unter den Bedingungen des Kommunismus beinhaltet also auf keinen Fall "Schutz der Natur so wie sie ist". Daher ist eine solche Formulierung für die kommunistische Gesellschaftsordnung gewiß nicht allgemein anwendbar, sondern höchstens in Teilbereichen von Berechtigung. Die Natur muß nicht so wie sie ist geschützt, sondern wie es den bewußt und langfristig denkenden und handelnden Menschen im Kommunismus entspricht durch die geplante produktive Tätigkeit verändert werden. Das schließt keinesfalls den teilweisen Schutz sogar großer Gebiete, die von

der Produktion unberührt bleiben können aus den verschiedensten Gründen eben wegen der Interessen der Menschen aus, sondern ermöglicht dies überhaupt erst.

In der Klassengesellschaft, in der heutigen imperialistischen, am Maximalprofit orientierten Gesellschaft gilt es gezielt, ohne Illusionen über die Haltung der Kommunisten überhaupt zu wecken, und direkt die antikomunistischen an der Kleinproduktion orientierten Vorstellungen der Grünen als leere und sogar reaktionäre Illusion bekämpfend den kapitalistischen Raubbau an der Natur zu brandmarken und den Kampf dagegen als Teil des Kampfes gegen das Profitsystem zu führen.

Angesichts der Kriegserklärung der führenden Grünen-Ideologen an die Adresse des Marxismus-Leninismus, der Gleichsetzung jeder industriellen Großproduktion, sei sie sozialistisch oder kapitalistisch, mit der "Zerstörung der Natur" im Sinne von Raubbau an der Natur, Frevel an der göttlichen, sich selbst regulierenden Natur etc., halten wir es für dringend erforderlich, all diesen Vorstellungen entgegenzutreten und erwarten mit Spannung den S.46 angekündigten Artikel zur grün-alternativen Bewegung in Österreich.

Gerade in diesem Zusammenhang meinen wir aber, daß die heute von der Grünen-Bewegung benutzten Begriffe wie "Umweltschutz" und "Maßnahmen zum Schutz der Umwelt" nicht einfach, ohne Kritik an jenem Inhalt, den 99 von 100 Menschen darunter verstehen, übernommen werden sollten. Konkrete Fragen können konkret benannt werden.

Der Kampf gegen die Vergiftung des Trinkwassers ist doch im Grunde kein "Umweltschutz" sondern ein Schutz für die Masse der werktätigen Massen, die dieses Zeug trinken sollen.

Der Kampf gegen die Vergiftung der Luft sollte ebenso als solches benannt werden, es sollte klar sein in jedem konkreten Fall, worum es sich handelt, und um was es geht. Sobald sozusagen verallgemeinert wird in Richtung

"Schutz der Natur", "Schutz der Umwelt", werden Kategorien verwendet, die fehl am Platze sind, einen viel zu großen Umfang haben, mit einer falschen Weltanschauung verbunden sind und in ihrer Allgemeinheit Teil der Grünen Ideologie sind, die bekämpft werden muß.

Insofern geht es doch gar nicht, wie die RF S.46 schreibt, um "wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutz der Umwelt", sondern es geht jeweils um sehr konkrete Fragen, die als solche benannt werden können, ohne daß durch die Verwendung zu allgemeiner Begriffe aus dem faulen Weltbild der Grünen sich ein Zugeständnis an ihre Ideologie einschleicht.

Auch die Charakterisierung des Kapitalismus als "menschen- und naturfeindliches System" hat so seine Tücken (s.5 der RF 214). Da ist gewiß viel wahres dran, aber durchaus nicht sehr eindeutig. Auch die Kommunisten sind in der Klassengesellschaft noch Feinde einer bestimmten Sorte von Menschen, und umgekehrt ist das kapitalistische System zu einer bestimmten Sorte von Menschen, den Ausbeutern äußerst freundlich eingestellt. Ähnlich verhält es sich auch mit der in einem Atemzug benannten Charakterisierung "naturfeindlich". Ist das der Vorwurf, den wir dem kapitalistischen System machen? Ja, in Bezug auf die Zerstörung der Natur, die auf Kosten der werktätigen Massen geht! Nein aber in jener Beziehung, in der auch im kommunistischen System Teile der Naturerscheinungen Feinde der Menschheit bleiben, solange sie noch nicht beherrscht, verändert, zerstört und ausgenutzt werden können, von "natürlichen Krankheitserregern" über Erdbeben und ähnliches. Ohne im allgemeinen eine Verwendung solcher Charakteristika durch die Bank weg abzulehnen und ohne vor allem auch abzustreiten, daß in bestimmtem (von der RF ja auch genauer aufgeschlüsselt) Sinne diese allgemeinen Ausdrücke zutreffen, meinen wir doch, daß angesichts der Zunahme der klassenspezifischen Grünen Ideologie gegenüber der Natur (einer Ideologie, die im Kern natürlich der Bourgeoisie nützt) solche Begriffe und Ausdrücke mehr schaden als nützen, mehr verdunkeln als erhellen.

VOM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF

Zur kaltblütigen Ermordung von 580 Kämpferinnen und Kämpfern, vor allem der KP Perus, unter dem Beifall der "Sozialistischen Internationale" in Lima

MÖRDERKOMPLIZEN !

Nach dem von der sozialdemokratischen Garcia-Regierung befehligen Massaker an hunderten gefangener Freiheitskämpfern bemühten sich die "sozialistischen" Politiker und Medien in Österreich den Eindruck zu erwecken, als hätten sie damit nicht viel zu tun. Doch es kann und darf ihnen nicht gelingen, ihre verbrecherische Komplizenschaft zu vertuschen !

Jederman weiß, daß Kreisky und seine "Genossen" Mitglieder eben der "Sozialistischen Internationale" sind, deren Mitglied Garcia die Massenmorde in Lima befahligte !

Doch es geht nicht nur um die politische und moralische Mitschuld der SPÖ, die sich daraus ergibt und allein schon schwer genug wiegt. Dieses barbarische faschistische Massaker liegt vielmehr im Interesse der österreichischen Imperialisten, deren Sachwalter die SPÖ-geführte Regierung heute ist. Das österreichische Finanzkapital nimmt kräftig Teil an der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern Perus: "Österreich und seine Produkte sind in Peru gut angeschrieben." ("Internationale Wirtschaft", Nr.22/1983). Das gilt besonders für das österreichische Großkapital, darunter die Verstaatlichte: "Österreichische Großfirmen sind zum Teil in Peru präsent, die Außenhandelsstelle ist mit dem Gründungsjahr 1958 eine der ältesten am lateinamerikanischen Kontinent.

Die VEW hat eine sehr gutgehende Tochterfirma, seit zwei Jahren gibt es auch ein VÖEST-Büro. Vor allem die VÖEST-Tochter Intertrading kommt stark ins Geschäft." (Ebenda).

Erst letztes Jahr ist das österreichische Monopolkapital noch größer ins Geschäft gekommen. Allerdings gehen die Imperialisten hierzulande seit den Protesten gegen die geplanten Panzer-Lieferungen nach Chile mit noch größerer Verschwiegenheit vor. In einem kurzen "Kurier"-Artikel wurde lediglich gemeldet: "Geheime Verhandlungen über Erzeugung in Südamerika - HEIMISCHE WAFFEN FÜR PERU". Mitgeteilt wurde nur: "Inhalt der noch streng geheimgehaltenen Verhandlungen: der Abschluß eines gemeinsamen Assemblingvertrages, der die Produktion von Steyr-LKW und Bussen sowie verschiedener Waffenprodukte von Steyr und VÖEST in der peruanischen Fabrik Etramsa in der Hauptstadt Lima vorsieht." ("Kurier", 27.6.1985)

Was dabei nun auch herausgekommen sein mag, so zeigt es jedenfalls, daß die österreichischen Imperialisten überall, wo es nur geht, Maximalprofite aus den unterjochten Völkern herausholen und zu diesem Zweck auch die finstersten faschistischen Regimes unterstützen und mit Waffen gegen die Befreiungskämpfe ausstatten. So heißt es im "Kurier" weiter: "Insider sprechen von einer

Geheime Verhandlungen über Erzeugung in Südamerika

Heimische Waffen für Peru

Riesenchance: Interesse an österreichischen Waffen zeige nicht nur Peru, sondern fünf weitere südamerikanische Staaten." (Eb.)

Gerade das Beispiel Perus zeigt, daß die massive Unterstützung des blutigen Terrors gegen die Arbeiter und Bauern dort und die angeblich fortschrittliche "Entwicklungshilfe" nur zwei Seiten einer Medaille sind und dem selben Zweck dienen. So wird in dem schon erwähnten Artikel bemerkt, daß das österreichische Kapital in Peru mehr auf sich aufmerksam machen müsse: "Relativ wichtig als dezente Hinweismöglichkeit wäre eine gutdosierte Entwicklungshilfe Österreichs in Peru" ("Internationale Wirtschaft", Nr.22/1983).

Kann man es noch deutlicher sagen, daß die angebliche "Entwicklungshilfe" lediglich der Profitmaximierung dient ?

Der von Sozialdemokraten kommandierte faschistische Massenmord in Lima geht eindeutig mit auf das Konto der österreichischen Imperialisten. An jedem Schilling, den sie dort ausschlagen klebt Blut, das Blut massakrierter Arbeiter, Bauern, Studenten und Guerilla-Kämpfer.



Perus Präsident GARCIA vor der SI (Brandt zollt Beifall): Er habe den Einsatz des Militärs angeordnet, um die "Demokratie Perus" zu "verteidigen". (FR, 23.6.86) WILLI BRANDT antwortet: "Wir stehen Ihnen zur Seite im Kampf gegen Gewalt und Not, im Kampf um sozialen Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung." (FR, 23.6.86) Der Dank für die Unterstützung beim Massenmord: BRANDT erhielt den peruanischen "ORDEN DEL SOL".



Eine Gruppe ermordeter Gefangener